

STUDIENREIHE **Zivilgesellschaftliche Bewegungen – Institutionalisierte Politik** Nr.20/2011




Cairo Revolution 2011 (Jan 25)

Eine Gruppe Protestierender kampierte draußen rund um einen Panzer; ihre ständige Anwesenheit hinderte ihn am Weiterfahren.

Originalunterschrift:

A group of protesters camped out around a tank, their constant presence keeping it from moving forward.

 www.flickr.com/photos/nebadaay/5422925997/

Der Arabische Frühling und Europa

Von Julia Killet

Die Ereignisse des arabischen Frühlings strahlen auf die ganze Welt aus. Jahrzehntlang hieß es, die Völker der arabischen Welt seien „demokratieunfähig“. Noch vor kurzem erschienen die autoritären Regimes unüberwindbar. Diese Annahmen lösten sich seit Dezember 2010 in Luft auf. Zuerst in Tunesien, dann in Ägypten, schließlich in Jemen, Jordanien, Bahrain, Libyen und Syrien standen die Bevölkerungen auf. Die Menschen zeigen, dass gemeinsamer Mut und Kampfgeist zur politischen Veränderung und zum Sturz der Herrscher führen können. Die tägliche Armut, Ungerechtigkeiten und die allgemeine Unterdrückung trieben die Menschen auf die Straße. Ihre Forderungen: Ein Leben in Würde, gleiche Rechte, Autonomie und Teilhabe am wirtschaftlichen Reich-

tum. Die EU wird durch diese unerwartete Revolution mit neuen Herausforderungen konfrontiert. So verlieren sie einerseits langjährige Handelspartner, andererseits nutzen immer mehr Menschen die Gunst der Stunde, um nach Europa zu gelangen.

Um einen ersten Gesamtüberblick über das facettenreiche Thema zu geben, lud die Rosa Luxemburg Stiftung Brüssel in Kooperation mit der Rosa Luxemburg Stiftung Bayern zu einem Seminar mit dem Titel „Vergebene Chance oder Aufbruch in eine goldene Zukunft? Europa, Nordafrika und der Arabische Frühling“ nach Innsbruck ein. 55 Teilnehmerinnen aus Österreich, Bayern und Brüssel beschäftigten sich drei Tage lang mit den Bewegungen und den Auswirkungen. Das Seminar war als Pilotprojekt im Rahmen der „Bildungsbausteine für Europa“ konzipiert, die derzeit von der Rosa Luxemburg Stiftung Brüssel erarbeitet werden.

Soziale Elemente und Jugendproteste in Nordafrika

Der erste Teil des Seminars umfasste zunächst einen Einblick in die aktuellen Entwicklungen in Ägypten, Jemen und Syrien. Einen ersten Überblick über soziale Elemente und Jugendprotest in den nordafrikanischen Revolutionen gab der Jurist und Publizist Bernard Schmid. Ausgangspunkt für die Revolten, die sich schließlich von Marokko über Syrien bis zu den Golfländern Bahrain und Oman zogen, war der Selbstmord eines jungen Tunesiers. Am 17. Dezember 2010 übergoss sich der 26-jährige Mohammed Bouazizi in der Stadt Sidi Bouzid mit einer brennbaren Flüssigkeit und steckte sich selbst in Brand. Als ‚illegaler‘ Gemüseverkäufer war er zuvor immer wieder durch Polizeibeamte schikaniert worden, die ihm seine Ware abnahmen und vermutlich Geld von ihm erpressen wollten. Viele junge Tunesier, die sich in der gleichen Situation wie Bouazizi sahen, zog es auf ▶

Inhalt

Der Arabische Frühling und Europa. Von Julia Killet	1
Die Revolution in Ägypten – Akteure und Herausforderungen. Von Dr. Stefanie Fischbach	4
Quo vadis Jemen? Von Dr. Fritz Balke	6
Die aktuelle Situation in Syrien. Von Daniela Glagla	8
Tunesien: Soziale Dynamik & Strukturen in der Revolution. Von Dr. Bernard Schmid.	10
FRONTEX und die europäische Migrationspolitik. Von Lorenz Krämer.	13
Die Grenzen Europas – Die Reaktion der Europäischen Union auf die demokratischen Revolutionen in Nordafrika am Beispiel Migration. Von Miriam Edding	14
Zum Libyen-Krieg des Westens. Von Dr. Erhard Crome	16
Aufstände, Revolution und Demokratie in Afrika Interview mit Firoze Manji	19

- die Straße. Die Protestwelle verbreitete sich schnell bis in die Hauptstadt Tunis, wo über die Weihnachtstage 2010 die ersten Demonstrationen stattfanden. Immer mehr Menschen schlossen sich den arbeitslosen Jugendlichen an, darunter Anwält_innen, Schüler_innen, Studierende und Gewerkschaften.

„Der Charakter Tunesiens zeigt sich in einer deformierten Ökonomie. Je höher der Bildungssektor, desto höher die Arbeitslosigkeit“, erklärte Schmid. Bildung habe für die Bevölkerung in der arabischen Welt generell einen hohen Stellenwert. Das Paradoxe sei allerdings, dass es keine Jobs für Akademiker gebe. Das gleiche gelte für andere nordafrikanische Nationen. Vor allem wehrten sich die Menschen jedoch gegen die Willkür der Behörden. So zogen ab dem 25. Januar 450.000 überwiegend junge Ägypter unter dem Motto „Wir sind alle Kahled Saïd“ auf die Straßen. „Diesen Namen trug ein Mann, der 2009 in Alexandria durch Zivil- und uniformierte Polizisten in der Öffentlichkeit buchstäblich totgeschlagen worden war“, so Schmid.

Am 14. Januar hatten die Massenproteste in Tunesien ihr Ziel erreicht: „Der früher gefürchtete, inzwischen aber in breiten Kreisen nur noch verhasste Präsident Zine el-Abidine Ben Ali flog ins Exil.“ Auch der Übergangspräsident Mohamed Ghannouchi ist inzwischen gestürzt worden. In Ägypten dauerte es 18 Tage bis die Demonstrant_innen ihren Willen durchsetzten und Hosni Mubarak am 11. Februar seinen Rücktritt erklärte.

Aktuelle Situation in Ägypten

Als Grund für den schnellen Fall des Regimes nennt die Sozialwissenschaftlerin Stefanie Fischbach den „klassenübergreifenden“ Charakter des Protestes. In ihrem Vortrag über die ägyptische Revolution klärt sie zunächst über einige Mythen auf: „Sowohl die Auffassung, die Massen hätten sich spontan erhoben, als auch die Vorstellung, die ägyptische Revolution sei eine Revolution der sozialen Medien, verschleiern den Ursprung, den Verlauf und die Akteure dieser Revolution.“ Twitter und Facebook seien ab einem gewissen Zeitpunkt ein zusätzliches und unterstützendes Instrument für die dezentral organisierte Opposition gewesen. Sie ersetzten jedoch nicht den Gang auf die Straße oder die Konfrontation mit den Sicherheitskräften.

Gerade die Arbeiter_innenbewegung, die nach Fischbach das Herz der Bewegung ausmache, sei selten bis gar nicht in den sozialen Medien vernetzt. Der Generalstreik von Beamten, Eisenbahnarbeiter_innen, Busfahrer_innen, Stahlarbeiter_innen, Textilarbeiter_innen, Ärzt_innen und anderen am 7. Februar 2011 gaben der Demokratiebewegung maßgeblichen Auftrieb. „Auch nach dem Sturz Mubaraks gingen die Streikaktivitäten, die von den Gewerkschaften unterstützt wurden, ununterbrochen weiter. In manchen Betrieben, deren Besitzer im Laufe der Revolution aus Ägypten geflohen waren, wird die Produktion von den Arbeiter_innen selbst organisiert und fortgeführt“, erklärt Fischbach. Ihr Fazit: „Die Arbeiter_innenbewegung und der weitere Verlauf der ägyptischen Revolution sind untrennbar miteinander verbunden. Sollte es den Arbeiter_innen nicht gelingen, ihre ökonomischen und sozialpolitischen Ziele durchzusetzen, werden sich Millionen betrogen fühlen.“

Revolution im Jemen und in Syrien

Auch eines der ärmsten Länder der arabischen Welt

geriet in den Sog der revolutionären Ereignisse. Der Nahostexperte Fritz Balke wies in seinem Vortrag über die Revolution im Jemen darauf hin, dass es wie in den anderen Ländern auch, die wirtschaftliche und soziale Krise, die Arbeitslosigkeit und die fast 33-jährige Alleinherrschaft des Präsidenten Ali Abdallah Saleh gewesen seien, die zum Aufstand der Menschen führten. Jemen habe jedoch seine Besonderheiten: So könne von einem konservativen Norden und einem ehemals sozialistisch orientierten Süden des Landes gesprochen werden. In den meisten Regionen sei das Land noch heute eine Stammesgesellschaft: Schiiten im Norden und Sunniten im Süden. „Das ist auch ein Hintergrund der seit Jahren andauernden bewaffneten Auseinandersetzungen und Bürgerkriege“, erklärt Balke. Aber auch die geostrategische Lage am Horn von Afrika und dem Zugang zum Suez-Kanal sei bedeutungsvoll.

Auch wenn Präsident Saleh ein fragiles Gleichgewicht zwischen Armee, Stämmen und politischen Parteien herstellte, scheuten sich die Menschen nicht, seinen Sturz zu verlangen: Als bekannt wurde, dass der Präsident Ali Abdallah Saleh sich durch eine Verfassungsänderung auf Lebenszeit wählen lassen wollte, strömten die Jemenit_innen auf die Straße. Seine Versuche, die friedlichen Demonstrationen mit Gewalt einzudämmen, fruchteten nicht. Als Saleh bei einem Granatenangriff auf den Präsidentenpalast verletzt wurde, flog er in Begleitung seiner Familie nach Saudi-Arabien, um sich behandeln zu lassen. Noch immer weigert er sich zurückzutreten.

Auf die Situation in Syrien geht die Islamwissenschaftlerin Daniela Glagla ein. Hier zeichne sich ein blutiger Protest ab, denn die syrischen Sicherheitskräfte gingen brutal gegen die Demonstrant_innen vor. Die ließen sich jedoch nicht abschrecken: Seit Monaten protestieren die Syrer_innen gegen die Regierung unter Präsident Baschar al-Assad. „Die Bewegung richtet sich gegen Unfreiheit, Ungleichverteilung, schlechte Bildungsmöglichkeiten, Perspektivlosigkeit auf dem Arbeitsmarkt und Korruption“, sagt Glagla. Mit brutaler Gewalt gingen die syrischen Sicherheitskräfte gegen die Opposition vor. Inzwischen seien Tausende vor der Gewalt auf der Flucht in die Türkei.

Wirtschaftliche und politische Beziehungen der EU zu Nordafrika

Im zweiten Teil des Seminars geht es um die Rolle der EU als außenpolitischer Akteur in Bezug auf Nordafrika. Besorgnis verbreitete sich im Westen, als Anfang März auch Unruhen aus dem Osten Saudi-Arabiens gemeldet wurden: Man sah die Sicherheit der Ölversorgung, Ölpreise, Aktienkurse und Finanzmärkte gefährdet. Bernard Schmid ging auf die Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit Tunesien, Marokko und Ägypten ein, die in den 1990er Jahren geschlossen wurden: „Innerhalb von zwölf Jahren sehen sie den vollständigen Abbau von Zollschranken vor.“ Dies bedeute jedoch, „dass ganze Wirtschaftsbranchen und Produktionszweige in diesen Ländern durch die produktivere EU-Industrie“ vertrieben werden. Wider Erwarten nahm die Arbeitslosigkeit aber nicht zu, denn die EU siedelte spezielle Unternehmen an, die als „Zulieferer“ fungieren. So produzieren die Tunesier_innen Autoteile und Sitzbezüge. „Die Fahrzeugteile selbst werden in Spanien oder Osteuropa hergestellt, zusammenmontiert werden die Autos in Frankreich oder Deutschland“, sagt Schmid.

Christoph Marischka von der Informationsstelle Militarisierung macht darauf aufmerksam, dass bis 2050 25 Prozent der in Europa verbrauchten Energie im Rahmen des „DESERTEC-Projektes“ aus Nordafrika importiert werden sollen. „Die dafür notwendigen Investitionen in dreistelliger Milliardenhöhe werden zwangsläufig über Jahrzehnte hinweg – notfalls auch militärisch – abgesichert werden müssen.“ Die Demokratisierung stehe daher in Spannung zu den Stabilitätsvereinbarungen. Von daher habe die EU ein großes Interesse daran, mit den neuen Regierungen zusammenzuarbeiten.

Europäische Migrations- und Sicherheitspolitik

Aber nicht nur ökonomische Interessen stehen im Blickpunkt der EU. Seit den Protesten in Nordafrika werden die Menschen in Europa durch die Medien mit dem Bedrohungsszenario der Überflutung durch Flüchtlinge konfrontiert. Miriam Edding, Vorstandsmitglied der Stiftung :do, berichtet über eine Recherche-Reise nach Tunesien. Die dort geführten Gespräche hätten klar gezeigt, wie eng die Forderung nach sozialen und politischen Rechten mit der Forderung nach Bewegungsfreiheit verknüpft sei. „Statt des notwendigen Bruchs mit der alten EU-Strategie, autokratische Despoten mit viel Geld zu Wachhunden der EU-Außengrenzen zu dressieren, ist zu beobachten, dass die EU ihre Politik gegen Flüchtlinge noch verschärft“, so Edding und führt die Wiederaufnahme von Grenzkontrollen in Dänemark und die Krise des Schengen-Abkommens als Beispiel an. Auf den Versuch der Revolutionsbewegungen in Nordafrika, ihre Gesellschaften zu demokratisieren, reagiere die EU paradoxerweise mit einer Verschärfung des undemokratischen Grenzregimes und einem ausgeweiteten Mandat für die Grenzschutzagentur Frontex. Seit Ausbruch des Krieges in Libyen und dem Versuch vieler Kriegsflüchtlinge, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen, sind bisher über 1.500 Menschen ertrunken. In dem Flüchtlingslager Choucha an der Grenze zu Libyen sitzen 4000 Flüchtlinge – überwiegend aus den Bürgerkriegsländern Subsahara-Afrikas wie Somalia, Eritrea und dem Sudan – fest. „Die Menschen können weder vor noch zurück und brauchen dringend eine schnelle Aufnahme in Europa“, warnt Edding. Auch der UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees) hat Europa dringend gebeten, bis zu 15.000 Flüchtlinge aufzunehmen – bisher ohne Erfolg.

Anstatt zu helfen, bringt die EU die europäische Grenzschutzagentur Frontex in Stellung. Lorenz Krämer, innenpolitischer Referent von Cornelia Ernst (MEP), ging auf Probleme der umstrittenen „Agentur“ ein: „Migration wird grundsätzlich als Bedrohung gesehen: für innere Sicherheit, öffentliche Gesundheit usw.“ Außerdem gebe es kaum öffentliche oder parlamentarische Kontrollmöglichkeiten. „Das Europäische Parlament kann die Kommission befragen, mehr nicht“, erklärt Krämer. Strittig sei auch die Zuständigkeit für den Schutz von Grundrechten: „Frontex schiebt die Verantwortung auf den Rat, der wiederum hält die Kommission für zuständig.“ Auch Regelungen für legale Einreisen seien bis heute nicht festgesetzt. „Ebenso wenig gibt es brauchbare Regelungen für den gemeinsamen Umgang mit Asylsuchenden.“

Im Mittelpunkt des dritten Teils stehen die europäische Sicherheitspolitik und der Krieg in Libyen. Der Jurist Jonas Bens erklärte zunächst den rechtlichen Rahmen mit Blick auf UNO, NATO, WEU, OSZE und

Europarat. So genehmigte der UN-Sicherheitsrat Luftangriffe gegen die Gaddafi-Truppen in Libyen mit der Resolution 1973 (vom 17. März 2011), die den Schutz der Zivilbevölkerung hervorhebe, aber auch Waffenlieferungen untersage. Auch die NATO hat sich offiziell bereit erklärt, an dem Einsatz teilzunehmen.

Krieg in Libyen

Das Verhalten der EU im Libyen-Krieg analysiert Erhard Crome, Spezialist für Friedens- und Sicherheitspolitik der Rosa Luxemburg Stiftung. Er stellte die These auf, dass die angreifenden Mächte USA, England, Kanada und Frankreich nicht auf den Schutz der libyschen Zivilbevölkerungen abzielen, sondern auf den Wechsel des politischen Systems in Libyen. Es sei jetzt der dritte Krieg des Westens seit 2001 in der muslimischen Welt nach dem Afghanistan- und dem Irakkrieg. Obwohl Libyen zu den reichsten Ländern Afrikas gehöre und die Bevölkerung unter Gaddafi von 1,9 (1970) auf 6 Millionen (heute) Einwohner angewachsen sei, forderten die Menschen in Massenprotesten den Rücktritt des Präsidenten. „Die Gründe: Das Land ist der achtgrößte Ölproduzent der Welt und hat hohe Einkünfte aus der Erdöl- und Erdgasförderung, im Grunde gibt es jedoch keine inländische Industrie“, erklärt Crome. Etwa 28 Prozent der Bevölkerung seien zwischen 15 und 24 Jahre alt, 30 Prozent von ihnen arbeitslos. Hinzu käme, dass das innenpolitische System, das über 24 Jahre geschaffen wurde, autoritär sei. „Die Opposition wurde rigide unterdrückt, die Medien von der Regierung kontrolliert.“

„Die, die den Krieg führen sind die Verlierer der Weltwirtschaftskrise“, weist Crome hin. Deutschland stehe auf der Seite der Gewinner, egal wie der Krieg ausgehe. Von Interesse seien nicht die Menschen, sondern ökonomische und geostrategische Gesichtspunkte. Die USA und die EU „suchen zumindest auf der politisch-diplomatischen und symbolischen sowie militärischen Ebene den Schulterchluss, wenn es um die Konkurrenz mit China, Russland und anderen Staaten geht“.

Gemeinsames Handeln von NGOs und Aktivist_innen

Zum Schluss des Seminars stellt Miriam Edding von der Stiftung :do die Frage: „Was können wir nun tun?“ Sie betont die Wichtigkeit von internationaler Zusammenarbeit, um den globalen Herausforderungen auch gemeinsam zu begegnen. Die Protestbewegung von Spaniens Puerta del Sol bezieht sich auf die Besetzung des Tahir-Platzes in Kairo, und die in Tunesien entstandene Parole „Degage!“ – „Hau ab!“ wird inzwischen von Jemen bis Syrien gerufen. Sie stellt dar, dass den Menschen vor Ort persönlicher Austausch und Kontakte sehr wichtig seien. Finanzielle Hilfen finden viele Menschen in Tunesien problematisch. Sie wollen nicht in den Verdacht geraten, „sich vom Westen kaufen zu lassen“, und bestehen auf der Rückgabe des Vermögens von Ben Ali, um sich nicht durch neue Kredite wieder in Abhängigkeit vom Westen zu begeben. Als ein Beispiel für funktionierende europäische und afrikanische Vernetzung hob sie das transnationale migrationspolitische Netzwerk „Migreurop“ hervor, das sich aus 42 Mitgliedsgruppen sowie Einzelpersonen zusammensetzt. Birgit Daiber, Leiterin der Rosa Luxemburg Stiftung in Brüssel, weist schließlich darauf hin, dass es wichtig wäre, das Thema Nordafrika in den Kreisverbänden, Organisationen und Parteien zu behandeln. ■

Die Revolution in Ägypten – Akteure und Herausforderungen

Von Dr. Stefanie Fischbach

Eine Facebook-Revolution?

Die Behauptung, bei der ägyptischen Revolution handele es sich um eine „Facebook-“ oder „Twitter-Revolution“, verschleiert ihren Charakter, aber auch die Tatsache, dass die oppositionellen Gruppen nicht in all ihren Teilen und auch nicht von Anfang an über die sozialen Medien vernetzt waren. Twitter und Facebook waren ab einem gewissen Zeitpunkt sicherlich ein zusätzliches und unterstützendes Instrument für die dezentral organisierte Opposition, aber sie nahmen den Gang zur Straße und die Konfrontation mit den Sicherheitskräften nicht ab. Die Revolution war erfolgreich, weil die oppositionellen Gruppen in der Lage waren, Millionen von Menschen zu mobilisieren, die bereit waren, ihren Protest in konkrete Aktionen umzusetzen. Nicht die sozialen Medien, sondern die vielen Menschen, die mit Energie und Beharrlichkeit den Sicherheitskräften die Stirn geboten und auch ihr Leben eingesetzt haben, haben Mubarak zu Fall gebracht.

Wichtige Auslöser für das Entstehen der ägyptischen Opposition lagen zunächst außerhalb Ägyptens und vor dem Entstehen der sozialen Medien. In der Folge der zweiten Intifada und des Krieges gegen den Irak gründeten KriegsgegnerInnen und PalästinaaktivistInnen das Popular Committee for the Support of the Palestinian Intifada und die Kifaya-Bewegung. Beide Organisationen haben verschiedene politische Strömungen von SozialistInnen über NationalistInnen und Liberale bis zu radikalen MuslimInnen zusammengebracht und als Anziehungspunkt für den wachsenden Unmut über Mubarak gewirkt. In den letzten Jahren kamen Jugendorganisationen hinzu, die wie die älteren Organisationen verschiedene politische Strömungen vereinten, außerhalb der formalen Institutionen agierten und durch dezentrale Strukturen eine hohe politische und organisatorische Flexibilität aufwiesen. Zu diesen Gruppen zählen die *Bewegung 6. April* und die Gruppe *Wir sind alle Khaled Said*, die gerade mit ihren niederschweligen Protestformen neue, bis dato unpolitisierte Menschen anzogen, die bis vor kurzem auch nicht zu Konfrontationen mit den Sicherheitskräften bereit waren.

Nährboden für diese wachsende Delegitimierung des Mubarak-Regimes und die Mobilisierung einer Oppositionsbewegung war die angesammelte Wut, verursacht durch tägliche Übergriffe und Schikane der Polizei und Sicherheitskräfte, Jugendarbeitslosigkeit auch bei hochqualifizierten Arbeitskräften, endemische Armut und den Ausverkauf der gesellschaftlichen Reichtümer zugunsten einer kleinen Gruppe der Superreichen, zusammengehalten von einem Staat, dessen politische Vision sich lediglich auf mehr Sicherheit und mehr Unterdrückung beschränkte.

Die Arbeiterbewegung ist ein wesentlicher Akteur der ägyptischen Revolution

Die Arbeiterbewegung ist die oppositionelle Kraft in Ägypten, die übrigens kaum Zugang zu modernen Informations- und Kommunikationstechnologien und damit zu den sozialen Medien hat, die aber spätestens ab dem Jahre 2006 als relevanter Akteur und

Hort regimekritischer Opposition auftritt und während der Revolution eine entscheidende Rolle spielte. Als eine überwältigende Anzahl von Arbeiterinnen und Arbeitern in privaten und öffentlichen Betrieben am 7. Februar dem Streikaufruf der unabhängigen Arbeiterbewegung Folge leistete, war das Ende des Regimes besiegelt.

Tatsächlich gibt es in Ägypten eine sehr streikerprobte unabhängige Arbeiterbewegung. Insbesondere die nördlich von Kairo im Nildelta gelegene Stadt Mahalla ist in den letzten Jahren zum Symbol des wachsenden Widerstandes und Kampfes für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen geworden. In der Retrospektive wird Mahalla zum Geburtsort und der Streik der TextilarbeiterInnen im Jahr 2006 zur Geburtsstunde der ägyptischen Revolution. Im Jahr 2006 setzten die TextilarbeiterInnen der Fabrik *Misr Spinning and Weaving Company* in einem dreitägigen Streik ihre Forderung nach Auszahlung versprochener, aber zurückgehaltenen Boni durch und lösten damit eine Lawine von Streiks in ganz Ägypten aus, die auch Beschäftigte außerhalb der klassischen Arbeiterschicht mit sich riss.¹ Ein weiterer Höhepunkt ist der April 2008, und wieder ist Mahalla das Zentrum des Aufstandes. Zwar kam ein angekündigter Streik der TextilarbeiterInnen aufgrund der starken Präsenz von Sicherheitskräften in der Fabrik nicht zustande, aber nach dem Schichtwechsel begannen ArbeiterInnen am 6. April einen Protestmarsch durch die Stadt und auch am darauffolgenden Tag fanden sich mehrere Tausend zu den Protesten ein. Das Regime reagierte mit Repressionen. In den zwei Tagen wurden sechs Menschen getötet, hundert verletzt und 200 verhaftet.² Die Jugendbewegung „6. April“ beruft sich auf dieses Ereignis.

Beschränkten sich die Proteste der verschiedenen politischen Gruppierungen bis vor kurzem auf wenige hundert Teilnehmer, waren die unabhängigen Arbeiteraktivistinnen und Arbeiteraktivisten in der Lage, durch ihre Arbeit an der Basis manchmal Zehntausende zu mobilisieren. Zudem gelang es, diese Bewegung noch vor der Revolution zunehmend zu institutionalisieren. Im Anschluss an die Streiks von 2006 wurden in den folgenden Jahren vier unabhängige Gewerkschaftsorganisationen gegründet.

Frauen haben die Revolution maßgeblich vorangetrieben

In den westlichen Medien wird häufig ein Bild von arabischen Frauen verbreitet, das sie als unterdrückte Opfer darstellt, die nicht in der Lage sind, für ihre eigene Rechte einzustehen. Die Geschichte der ägyptischen Revolution lehrt uns ein besseres. Frauen in Ägypten und auch in anderen arabischen Ländern sind Teil des täglichen Widerstandes und Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Frauen spielen eine entscheidende Rolle in den sozialen Kämpfen und stehen bei vielen Auseinandersetzungen nicht nur an vorderster Front, sondern sie haben sie auch maßgeblich vorangetrieben. Der Streik in Mahalla im Jahr 2006 ist nur ein Beispiel für die zentrale Rolle der Frauen: Es waren Frauen, genauer gesagt 3.000 Frauen, die in der Textilfabrik

in Mahalla als erstes ihre Arbeit niederlegten, die gesamten Produktionsanlagen stürmten und mit ihren Rufen „Hier sind die Frauen, wo sind die Männer?“ ihre männlichen Kollegen dazu brachten, sich ihrem Protest anzuschließen.

Frauen haben auch auf dem Tahrir-Platz eine bedeutende Rolle gespielt. Frauen berichten mit Begeisterung davon, dass auf dem Tahrir-Platz keine Unterschiede zwischen ihnen und den Männern gemacht wurden und es nicht zu den sonst üblichen sexuellen Übergriffen kam. Die Überwindung der Vereinzelung hat den Grundstein für einen respektvollen und solidarischen Umgang miteinander gelegt. Für viele wurden die Tage auf dem Tahrir-Platz zu einem Modell einer zukünftigen ägyptischen Gesellschaft.

Zu Recht sprechen KommentatorInnen von einem historischen Moment und dem Beginn einer Zeitenwende in der Region. Der Sturz des Mubarak-Regimes hat einen neuen Freiraum geschaffen, und dieser wird auch genutzt. Die Bevölkerung ist zu einem selbstbewussten politischen Akteur geworden. Parteien und unabhängige Gewerkschaften werden gegründet, in den Cafes und Bars wird diskutiert, und AktivistInnen kritisieren in den Medien die neue Militärregierung. Alles war vor einigen Monaten noch undenkbar. In Ägypten herrscht ein neuer Geist, aber wie auch die aktuellen Auseinandersetzungen zeigen, begegnen den revolutionären Kräften nach dem Sturz zahlreiche Herausforderungen. Die Revolution steht erst an ihrem Anfang.

Die Stärke der ägyptischen Revolution ist ihre heutige Schwäche

Die politischen Strömungen und Klassen übergreifende Mobilisierung und die dezentrale Organisation der Opposition war eine wesentliche Stärke der Revolution. Die Gestaltungsanforderungen nach der Revolution führen jedoch zum organisatorischen und politischen Auseinanderfallen dieser Bewegung. Die notwendige Institutionalisierung der Opposition verdeutlicht die mangelnde politische Kohärenz dieser Netzwerke. Die Folge ist eine Zersplitterung in eine Vielzahl an verschiedenen Parteien. Der gemeinsame Kampf um Würde weicht einer Differenzierung entlang ideologischer Linien. Die Folge dieser unübersichtlichen Übergangsphase ist ein politisches Vakuum, in dem die alten Netzwerke nicht mehr funktionieren, aber neue Strukturen noch nicht konstituiert sind.

Damit zusammenhängend stellt sich die Frage, durch welche politische Organisationen und Parteien gerade die Arbeiterbewegung repräsentiert werden könnte. Ohne die Konstituierung und Massenwirksamkeit von progressiven Kräften ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass die etablierten Kräfte an der Macht bleiben. Neben dem neugegründeten Dachverband *Egyptian Federation of Independent Trade Unions* (EFITU) gibt es inzwischen einige Parteien, die den Anspruch erheben, die Arbeiterklasse zu vertreten. Hoffnungsvoll stimmt deren Vorhaben für die kommenden Wahlen ein Bündnis zu schließen. Offen bleibt jedoch, ob diese Parteien in der Lage sind, in der kurzen Zeit, die bis zu den Wahlen bleibt, effiziente Organisationsstrukturen aufzubauen und in die Masse der Arbeiterinnen und Arbeitern zu wirken. Die Bereitschaft, für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen, führt schließlich nicht zwangsläufig zur Offenheit gegenüber einer sozialistischen Agenda.

Die Konterrevolution ist in Bewegung

Die Aktivitäten des Militärrats zeichnen sich aus durch Langsamkeit, wo Eile, und durch Eile, wo Behutsamkeit angebracht wäre. Trotz der Äußerungen des Militärrats, die Forderungen der revolutionären Kräfte als legitim anzuerkennen und die Demokratisierung lediglich übergangsweise zu begleiten, sind von den Forderungen der revolutionären Kräfte bisher nur wenige sehr langsam und nur teilweise umgesetzt worden. Dies ist keineswegs ein Übergangsproblem, sondern politische Strategie des Militärrats, der auf die personelle und institutionelle Kontinuität der alten Mächte und wenig substantiellen Wandel abzielt. Das schnelle Anberaumen der Parlamentswahlen setzt dagegen die neuen politischen Kräfte erheblich unter Druck, sich innerhalb kürzester Zeit zu etablieren, und begünstigt die alten, mit dem Mubarak-Regime verflochtenen politischen Kräfte. Das durchgepeitschte Verfassungsreferendum beinhaltet lediglich kosmetische Korrekturen. Von den Änderungen des Wahlrechts profitieren die alten, etablierten Parteien aus der Mubarak-Ära.³ Hinzu kommen Aktivitäten des Militärrats, die als offene Angriffe gegen die revolutionären Kräfte und hier insbesondere gegen die Arbeiterbewegung gewertet werden können. Die Übergriffe gegen Demonstranten und die Gängelung und Verhaftung von AktivistInnen und Aktivistinnen⁴ haben systematischen Charakter und verdeutlicht die Kontinuität der Methoden des alten Regimes. Dies hat sich auch wieder am 28. und 29. Juni gezeigt, als die Feierlichkeiten zu Ehren der während der Revolution getöteten DemonstrantInnen in gewaltsamen Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften endeten. Das neue Parteiengesetz droht Parteien, die die Vertretung von ArbeiterInneninteressen zum Ziel haben, von einer Teilnahme an den Parlamentswahlen auszuschließen. Schließlich hat der Militärrat seinem Ruf nach Stabilität durch die Verabschiedung eines Erlasses Nachdruck verliehen mit dem Proteste kriminalisiert werden, die die Arbeit in öffentlichen und privaten Einrichtungen behindern. Das ausgesuchte Interesse des Militärrats an der Einstellung jeglicher Arbeiterproteste ist auch in seiner ökonomischen Rolle zu suchen. Das Militär ist heute einer der bedeutendsten Wirtschaftsakteure in Ägypten. Bisher wird dieser Erlass allerdings nicht in der Breite angewandt. Das Zögern ist wohl darauf zurückzuführen, dass die ArbeiterInnen durch ihre anhaltende Mobilisierung Fakten geschaffen haben und der Militärrat sowohl international als auch national negative Reaktionen befürchtet.

Keine Wende in der Wirtschaftspolitik

Der Arbeiterbewegung und den linken Kräften stehen mit ihrem sozial- und wirtschaftspolitischen Programm schwere Zeiten bevor. Die unabhängigen Gewerkschaften fordern mehr soziale Gerechtigkeit, die Einführung eines sozialen Sicherungssystems, die Verbesserung der rechtlichen Absicherung von Arbeitsverträgen, die Etablierung kollektiver Rechte und die Beendigung der neoliberalen Ära.⁵

Seitens des Militärrats gibt es kleinere Konzessionen, insgesamt kann diese Entwicklung jedoch als unzureichend bezeichnet werden. Auch der Militärrat hat sich auf die Fortführung des Prinzips der „freien Marktwirtschaft“ verpflichtet, und der ▶

► Druck der westlichen Staaten, Mubaraks Wirtschaftspolitik (und Außenpolitik) fortzuführen, ist hoch. Die angebotenen Kredite geben zwar Spielraum, um auf einige der Forderungen der Demokratiebewegung eingehen zu können, wurden jedoch mit dem Versprechen eingekauft, keine grundsätzlichen Änderungen an dem ökonomischen Pfad vorzunehmen. Die kürzlich erfolgte Ablehnung der IWF-Kredite mit der Begründung, die daran geknüpften Bedingungen seien mit den Zielen der Revolution nicht kompatibel, ist in diesem Zusammenhang überraschend. Allerdings geht dieser Schritt bisher nicht mit einer Revision der Wirtschaftspolitik der Mubarak-Ära einher. Die Beendigung der vorteilhaften Steuerpolitik für Unternehmen wäre ein guter Anfang, um neue Spielräume für eine gerechtere Sozialpolitik schaffen.

- 1 El-Hamalawy, Hossam (2008): Resistance in Egypt, Marxism Conference, London, <http://www.youtube.com/watch?v=EfFOne18yzk>.
- 2 International Trade Union Conference (2009): Annual Survey of Trade Union Rights, Egypt, <http://survey09.ituc-csi.org/survey.php?IDContinent=1&IDCountry=EGY&Lang=EN>
- 3 Electoral amendments may benefit Mubarak-era players, Al-Masry Al-Youm, englische Ausgabe, 21.7.2011, <http://www.almazryaloum.com/en/node/479334>.
- 4 ‚Virginity test‘ victim lodges official complaint with military, Al-Masry Al-Youm, englische Ausgabe, 30.6.2011, <http://www.almazryaloum.com/en/node/473319>
- 5 Center for Trade Union and Workers' Services: Message from the Egyptian Workers to all the Egyptian Democratic Powers, 2.3.2011, <http://ctuws.com/Default.aspx?item=840>.

Ein kurzer Ausblick

Die Durchsetzung der ökonomischen und sozialen Forderungen der Arbeiterbewegung und der linken Kräfte wird entscheidend für den Erfolg der ägyptischen Revolution sein. Sollte es ihnen nicht gelingen, im Zuge des demokratischen Transformationsprozesses zugleich ihre ökonomischen und sozialpolitischen Ziele durchzusetzen, werden sich Millionen betrogen fühlen. Der Ausgang ist keineswegs klar. Entscheidend wird in den nächsten Monaten sicherlich sein, ob die Bewegung dazu in der Lage ist, den Druck aufrechtzuerhalten, um die Tentakel des alten Regimes endgültig abzuschütteln und dauerhafte Strukturen zu etablieren, die die verschiedenen fortschrittlichen Kräfte bündeln. Viele vertrauen auf das neugewonnene politische Bewusstsein der Ägypter und hoffen, dass sich diese nicht mehr mit halben Reformen zufrieden geben werden.

Quo vadis Jemen?

Von Dr. Fritz Balke

Seit Monaten hat die arabische Revolte auch den Süden der Arabischen Halbinsel erreicht. „Gestern Tunesien, heute Ägypten, morgen Jemen“, lautet der Slogan der Aufständischen.

Die Gründe für das Aufbegehren sind die gleichen wie in den anderen arabischen Ländern: ein verknöchertes System (Präsident Ali Abdallah Saleh hält sich seit nunmehr 33 Jahren an der Macht), Korruption, Vetternwirtschaft und mangelnde demokratische Kontrolle. Das Fass zum Überlaufen brachte die Absicht des Präsidenten, sich auf Lebenszeit wählen zu lassen. Studenten, junge Intellektuelle und Journalisten riefen zu friedlichem Widerstand auf. Das Regime zog es vor, den Protesten mit Gewalt zu begegnen. Nachdem am 18. März mehr als 50 Demonstranten erschossen worden waren, schlossen sich den Protestierenden zahlreiche weitere Bürger an. Es entstand eine Massenbewegung, die das Land in seiner bewegten Geschichte bisher nicht gekannt hat.

Jemen ist das wohl ärmste arabische Land. Die bescheidenen Ölvorkommen werden in den nächsten Jahren versiegen. Der Wassermangel, aber vor allem die schwierige Versorgungslage mit Strom, Treibstoff und Gas nimmt inzwischen katastrophale Ausmaße an. Die Probleme werden zudem von Besonderheiten des Landes überlagert: Noch vor 50 Jahren total von der Außenwelt isoliert, hat Jemen inzwischen einen gewaltigen Sprung gemacht – Fernsehen, Internet und Facebook haben Einzug gehalten und vielfältige Kontakte zur Umwelt ermöglicht. Zugleich ist aber Jemen noch in weiten Teilen eine Stammesgesellschaft: Keine Regierung kann ohne das Wohlwollen der wichtigsten Stämme agieren. Die Zentralmacht ist in den schwer zugänglichen Bergregionen, die – vergleichbar mit Afghanistan – militärisch nicht zu beherrschen sind, nur bedingt präsent. Traditionell

werden in diesem traditionell instabilen Land politische Konflikte mit Waffengewalt ausgetragen; es kommt zu Bürgerkriegen. Jemen gilt als das Land mit der größten Dichte an Feuerwaffen pro Einwohner in der Welt. Auch in religiöser Hinsicht ist die Gesellschaft zwischen Schiiten (Zaiditen in den nördlichen Bergregionen) und Sunniten (Schafaiten an der Küste und im Süden) gespalten.

Hinzu kommt ein latenter Konflikt zwischen dem Norden und dem Süden des Landes, resultierend aus der unterschiedlichen politischen Entwicklung der beiden jemenitischen Staaten, die sich erst 1990 zusammengeschlossen haben. Während der damalige Nordjemen eine eher konservative Rolle mit entwickelten Beziehungen zu westlichen Staaten spielte, lehnte sich der Südjemen eng an die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder an und wurde von einer Sozialistischen Partei geführt, die sich in ihrem Programm auf den Marxismus-Leninismus berief. Die Vereinigung der ungleichen Brüder war nicht von Dauer: 1994 kam es zu einem weiteren Bürgerkrieg, den der weit größere Norden gewann – es war faktisch eine „feindliche Übernahme“ mit allen negativen Konsequenzen für die Bevölkerung des Südens. Die zentrale Rolle für das Regime spielen auch in Jemen die Armee und die Sicherheitskräfte. Alle vier bisherigen Präsidenten, beginnend mit dem Sturz der Monarchie 1962, kamen durch das Militär an die Macht – und wurden von ihm auch wieder abgesetzt, zwei von ihnen sogar ermordet. Die Familie des heutigen Präsidenten besetzt die wichtigsten Kommandoposten. Ein Sohn ist Kommandeur der Elitetruppe „Republikanische Garde“, einige Neffen befehligen Truppenteile.

Die Opposition ist sehr breit gefächert. Zu ihr gehört erstens die „Jugend der Revolution“, die den Stein ins

Rollen gebracht hat und von Teilen der städtischen Mittelschichten unterstützt wird. Zweitens ist es die parlamentarische Opposition, die in sich sehr heterogen ist: zum einen die gemäßigt islamistische Reformpartei „Islah“ und zum anderen die Sozialistische Partei, die frühere Regierungspartei des Südens, die sich inzwischen einen sozial-demokratischen Anstrich gibt und Mitglied der Sozialistischen Internationale ist. Drittens ist eine „Bewegung des Südens“ entstanden, die gegen die Benachteiligung dieses Landesteiles kämpft: Sie möchte die jemenitische Einheit auf eine neue, gerechte Grundlage stellen; einige ihrer Vertreter befürworten aber auch eine erneute Sezession. Viertens gehören der Opposition einflussreiche Stammesführer an, die vorrangig ihre eigenen Interessen und Privilegien gewahrt wissen wollen. Und fünftens handelt es sich um einige abtrünnige Armee-Offiziere unter General Sadek al-Ahmar, die gegen die Saleh-Familie aufbegehren. Bei dieser bunten Zusammensetzung der Opposition bleiben Widersprüche nicht aus. Während die radikalen Jugendlichen den Sturz des Regimes und die Bestrafung aller Verantwortlichen fordern, zielen die Gemäßigten auf eine „Veränderung“ des Regimes, die Übertragung der Machtbefugnisse des Präsidenten auf seinen Stellvertreter und die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit unter Teilnahme der bisherigen Regierungspartei „Allgemeiner Volkskongress – AVK“.

Der Präsident setzt weiterhin auf die Loyalität der bewaffneten Kräfte, auf seine Getreuen im AVK und einige Stämme. Er kritisierte die parlamentarische Opposition, „die sich hauptsächlich aus Sozialisten und Islamisten zusammensetzt und die auf dem Rücken der Protestbewegung der Jugend und mit schmutzigem Geld an die Macht zu kommen versucht“. Weibliche Teilnehmer an den Protestzügen beschuldigte er der „Vermischung mit den Männern“, was dem islamischen Gesetz widerspreche. Die Reaktion darauf kam prompt: Eine vieltausendköpfige Frauendemonstration in Sanaa – ein bisher einmaliges Ereignis in diesem konservativen Land – solidarisierte sich mit den Forderungen nach Rücktritt des Präsidenten.

Die Ereignisse im Jemen blieben nicht ohne Einfluss auf die arabischen Nachbarstaaten, die eine Ausbreitung der Volksbewegung auf ihren Machtbereich befürchten. Der Golf-Kooperationsrat GCC, dem alle Golfmonarchien angehören, sah sich auf Initiative Katars veranlasst, die eskalierende jemenitische Krise mit einem eigenen Vermittlungsvorschlag einzudämmen. Nach dem vorgelegten Dokument sollte Präsident Saleh seine Befugnisse seinem Stellvertreter übergeben und nach 30 Tagen zurücktreten. Eine Regierung der nationalen Einheit aus Vertretern des AVK und der Oppositionsparteien sollte gebildet und nach 60 Tagen dann ein neuer Präsident gewählt werden. Im Gegenzug wurde dem Präsidenten und seinen Angehörigen Schutz vor juristischer Verfolgung zugesichert. Ausdrücklich wurde das Bekenntnis zur Einheit und Stabilität des Jemen bekräftigt.

AVK und Oppositionsparteien stimmten dem Vorschlag zu. Schließlich auch Saleh – und zog seine Zustimmung kurzfristig zurück. Damit war die Golf-Initiative vorläufig gescheitert. In der Hauptstadt kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen von Stammeskriegern mit

Armee-Einheiten. Bei einem Anschlag wurden der Präsident und mehrere hohe Würdenträger verletzt und zur Behandlung nach Saudi-Arabien ausgeflogen. Die Opposition feierte dies als ersten Sieg und schwor, Salehs Rückkehr nach Sanaa zu verhindern. An der konkreten Lage hat sich indes nichts geändert. Die Patt-Situation dauert an. Es ist nicht auszuschließen, dass es zu einer Verständigung von Leuten des alten Regimes mit einigen Stämmen, Armeeoffizieren und einigen rechten Oppositionsvertretern kommt und dass die friedliche Oppositionsbewegung um die Früchte ihres Engagements betrogen wird. Denn ein solcher Ausgang würde eine Gefahr für die demokratische Entwicklung bedeuten. Und auch das stockkonservative Saudi-Arabien ist zwar an einem stabilen Jemen an seiner Südgrenze, aber nicht unbedingt an einem demokratischen Jemen interessiert.

Geostrategische Interessen

Das auffällige Interesse des Westens am Jemen ergibt sich hauptsächlich aus der Tatsache, dass das Land eine einzigartige strategische Position besitzt: Durch die Meerenge Bab el-Mandeb verläuft die wichtigste Schifffahrtsroute zwischen dem Persischen Golf, Asien und Europa, gegenüber liegen das krisengeschüttelte Horn von Afrika und der „gescheiterte Staat“ Somalia, Flüchtlinge landen an, und Piraten agieren in der Nachbarschaft. So befürchtet man eine weitere Destabilisierung der Lage mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen. Von der Initiative der Golfstaaten verspricht man sich eine Auflösung der Patt-Situation, ohne sich selbst – angesichts des Umbruchs in der arabischen Welt und zahlreicher Konfliktherde in der Region – direkt engagieren zu müssen.

Für die USA war Präsident Saleh vor allem wichtig als enger Verbündeter im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Saleh wiederum benutzte diese Tatsache als Druckmittel, um sich allseitige Unterstützung für seine Politik zu sichern. Die Berichte über Attacken US-amerikanischer Drohnen auf angenommene Terrorzellen von Al-Kaida – unter Inkaufnahme von „Kollateralschäden“ – nach dem Beispiel Pakistans häufen sich. Dies allerdings hat ▶



- dem Ansehen des Präsidenten in den Augen vieler Jemeniten, denen jede äußere Einmischung von jeher zutiefst verhasst ist, zusätzlich geschadet. Nicht verborgen blieb zudem, dass Saleh den „Antiterrorkampf“ ohnehin nur halbherzig betrieb, dass ihm sogar zurückgekehrte Afghanistan-Kämpfer, die dort an der Seite der Taliban gestanden hatten, willkommen waren im Vorgehen gegen Aufständische und Sezessionisten.

Al-Kaida ist zweifellos im Jemen präsent und versucht, das gegenwärtige Machtvakuum zu nutzen. Gemeinhin wird aber ihr Einfluss überschätzt – sie ist für den Jemen nicht das akuteste sicherheitspolitische Problem. In der breiten Oppositionsbewegung der letzten Monate spielt sie keine Rolle. Die tragenden Kräfte dieser Bewegung sind Menschen, die Gewalt ablehnen und für Demokratie eintreten. Und in Gestalt der Islah gibt es ja bereits eine starke islamistische Partei, die Teil der friedlichen Opposition ist. Es dürfte Al-Kaida daher schwer fallen, maßgebenden Einfluss in der Öffentlichkeit zu erlangen.

Unter dem Eindruck der Protestbewegung gewann auch in den USA die Einsicht Raum, dass das System in der bisherigen Form nicht gehalten werden kann: Will man die eigenen Positionen halten, muss auf den fahrenden Zug aufgesprungen werden. So kam das Weiße Haus im April nicht umhin zu erklären: „Präsident Saleh muss den politischen Knoten mit der Opposition lösen, damit ein sinnvoller politischer

Wandel in naher Zukunft und in geordneter und friedlicher Form stattfinden kann.“ Der US-Botschafter in Sanaa entfaltete eine fieberhafte Tätigkeit, mehrere Abgesandte der Administration verhandelten mit den Protagonisten. Die New York Times wusste zu berichten, dass durch Gespräche auch mit der Opposition die „Basis für fortgesetzte Operationen für den Fall, dass Salehs Regierung fällt“, gelegt wird. Die strategischen Positionen in der Region sollen in jedem Fall gewahrt bleiben. „Am arabischen Golf legen die Amerikaner eine geheime Basis an – sie wollen autark agieren können, egal wer den Machtkampf im Land gewinnt“, liest man in *Spiegel online* (15.06.2011).

Wie der „jemenitische Knoten“ gelöst wird und welchen Weg das Land künftig einschlagen wird, darüber besteht angesichts der divergierenden Interessen der Beteiligten noch große Unklarheit. Wird es zu einer – wenn auch widersprüchlichen – demokratischen Entwicklung kommen oder gleitet das Land ab in Unregierbarkeit, einen weiteren Bürgerkrieg oder in eine erneute Spaltung? Alles hängt davon ab, wie sich das Kräfteverhältnis und der Druck von unten weiter entwickeln. Vom Propheten Mohammed ist der Ausspruch überliefert „Jemenitisch ist der Glaube, und aus dem Jemen kommt die Weisheit“. Es bleibt abzuwarten, ob die Streitparteien bei all ihrer Vielfalt in der Lage sein werden, eine Lösung der komplizierten Probleme des Landes in diesem Sinne zu finden. ■

Die aktuelle Situation in Syrien

Von Daniela Glagla

Stabilitätswahrung und geopolitisches Umfeld

Obwohl im Zentrum der Regionalkonflikte in Irak, Libanon und Israel, konnte Syrien bisher seine Stabilität wahren, wobei die Kooperation mit Iran eine wichtige Rolle gespielt hat. Syrien hat aktiv in die Konflikte in Irak und Libanon eingegriffen, um Einfluss zu gewinnen und zu sichern. In Irak war dies während des ersten Golfkriegs der Fall, als Syrien den Iran gegen den ebenfalls von der Baath-Partei regierten Irak unter Saddam Hussein unterstützte. Auch im zweiten Golfkrieg beteiligt sich Syrien nach dem Einmarsch irakischer Truppen in Kuwait militärisch an dessen Befreiung. Die Beziehungen zum östlichen Nachbarland wurden erst ab 1997 teilweise normalisiert, die 1980 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen erst im November 2006 wieder aufgenommen. Außerdem hat sich Syrien lange als Schutzmacht des kleinen Nachbarstaates Libanon verstanden. Nicht zuletzt an dem Autobombenanschlag auf den zurückgetretenen sunnitischen Ministerpräsidenten Rafiq Hariri im Februar 2005 sollen nach Berichten der VN-Untersuchungskommission höchste Regierungskreise Syriens beteiligt gewesen sein. Gegenüber Israel nimmt Syrien eine unversöhnliche Position ein, was die Regierung innenpolitisch stärkt. Während des Sechstagekriegs 1967 hat Israel die Golanhöhen besetzt, da es von dort aus immer wieder zu syrischem Beschuss gekommen ist. Heute besteht lediglich ein Waffenstillstand, und Syrien erkennt den israelischen Staat nicht an. Der Abschluss eines Friedensvertrages und die völkerrechtliche Anerkennung sind an die Rückgabe der Golanhöhen geknüpft. Im Oktober 2003 flog die israelische Luftwaffe einen Angriff gegen ein vermutetes Terroristenausbil-

dungslager südlich von Damaskus, am 6. September 2007 führten israelische Streitkräfte einen Luftangriff auf die Militäreinrichtung Al Kibar in Syrien durch.

Iran und Syrien sind seit der islamischen Revolution 1979 engste Verbündete. und die enge Beziehung zu Syriens traditionellem Partner Ägypten endete im gleichen Jahr aufgrund von dessen Friedensschluss mit Israel. Da das Regierungssystem in Iran in der arabischen Welt oftmals als nachahmenswertes demokratisches islamisches System wahrgenommen wurde, stärkte das Bündnis mit Iran die innenpolitische Position und vergrößerte den Einfluss in der Region. Dabei ist die Ähnlichkeit zu Iran nicht sehr groß. Zwar ist es der syrischen Regierung wichtig, sich auf den Islam zu berufen, doch die Scharia ist in der Gesetzgebung marginalisiert.¹ Doch iranische Islamgelehrte lieferten die überlebensnotwendige Legitimation, indem sie klarstellten, dass die Alawiten zur großen Familie der Schiiten zu zählen seien. Gemeinsam mit Iran unterstützte Syrien die Hisbolah in Libanon und die Hamas in Palästina. Gleichzeitig ist jedoch die Innenpolitik durch die Unterdrückung der islamistischen Opposition gekennzeichnet und gipfelte bei dem von Muslimbrüdern initiierten Aufstand im Februar 1982 in der mittelsyrischen Stadt Hama. Doch auch unter Bashir al-Assad kam es im September 2001 erneut zu einer Inhaftierungswelle gegen bekannte Oppositionelle. Im Frühjahr 2004 wurden hunderte syrischer Kurden verhaftet und getötet.

Dass die traditionell gute Beziehung zu Iran auch im Rahmen der Protestunterdrückung weiterhin eine wichtige Rolle spielt, zeigt sich daran, dass die EU am 24.6. Sanktionen gegen iranische Sicherheitskräfte

verhängt hat – drei Befehlshaber der Revolutionsgarden, die Syrien beim Vorgehen gegen die Opposition unterstützt haben sollen.

Eine Lawine hat Syrien erreicht

Die Protestbewegung in Tunesien und Ägypten hatte einen Lawineneffekt und lässt sich seit dem 15. März in Syrien nicht mehr aufhalten. Bereits im Februar verhafteten syrische Behörden politische Oppositionelle, doch die Resonanz auf Protestaufrufe war gering. Am 15. März demonstrierten etwa 50 bis 200 Personen in Damaskus, am 17. März im südsyrischen Dar'a, wo die Al-Omari-Moschee als Organisationsbasis für Demonstrationen dient. Es ist bemerkenswert, dass die Proteste sich ausgerechnet von einem Regierungsbezirk ausbreiteten, der traditionell als loyal galt und nicht etwa von den kurdischen Regionen Qamishli oder Hassake, wo seit 2004 immer wieder gegen die Regierung demonstriert wurde, und auch nicht von Hama oder Aleppo, wo die Bewegung der Muslimbrüder stark ist. An den folgenden Tagen und besonders Freitagen wurden die Proteste in Dar'a, aber auch in Vororten von Damaskus stärker, und sie weiteten sich auf die Küstenstädte Baniyas und Lattaquia aus, obwohl die Bewegung brutal unterdrückt wird. Im Mai kommen die Proteste auch in Homs und Aleppo an. Noch immer gehen tagtäglich Tausende auf die Straße. Am 1. Juli sind allein in Hama über 200.000 Menschen auf der Straße gewesen. Eine Auflehnung der syrischen BürgerInnen wurde jahrelang mit ähnlichen Mitteln unterdrückt wie in den Nachbarländern, so dass es zu einem Lawineneffekt kommen konnte wie bei den Volksaufständen in Osteuropa. Die Medien haben bei beiden Bewegungen eine vergleichbare Rolle gespielt.² Erst im Jahr 2000 wurde von Bashir al-Assad die Benutzung des Internets erlaubt.

Verlust der Legitimität

Voraussetzung für die Aufstände in Syrien war der Legitimitätsverlust des autoritären Systems, der auch damit zusammenhängt, dass Syriens Verbündeter Iran seine Legitimität durch die gewaltsame Unterdrückung der Proteste in Iran 2009 verloren hat und die Unterstützung der syrischen Regierung durch iranische Geistliche wertlos geworden ist.

Bashir al-Assad galt zu Beginn seiner Regierungszeit als Hoffnungsträger. Der junge und moderne Präsident, der in London studiert und geheiratet hat und ursprünglich gar nicht als Präsident vorgesehen war, genoss Sympathien und erhielt einen Vertrauensvorsprung durch große Teile der Bevölkerung. 1994 kam Hafez al-Assads ältester Sohn Basil, der sein Nachfolger werden sollte, bei einem Autounfall ums Leben. Nach dem Tod Hafez al-Assads am 10. Juni 2000 wurde am 10. Juli sein zweitjüngster Sohn Bashir nach einer Verfassungsänderung bezüglich des Mindestalters eines Präsidenten zum nächsten Präsidenten gewählt. Zunächst wirkte seine Politik vielversprechend: So ließ er im November 2000 600 politische Gefangene frei. Doch sein Reformkurs wird vom alten Kader verhindert.³

Gründe für die syrische Revolution

Die Protestbewegung in Syrien richtet sich gegen die Unfreiheit, Ungleichverteilung, schlechte Bildungsmöglichkeiten, Perspektivlosigkeit auf dem Arbeitsmarkt und Korruption.

Das bisherige unsoziale System hat eine hohe Ungleichverteilung hervorgebracht. Beim Human Deve-

lopment Index 2010 ist Syrien auf Platz 114 gelistet, unter der Kategorie Medium Human Development mit einem Wert von 0,589 von 1,0, vor Marokko (117), aber hinter Ägypten (104), Algerien (86), Tunesien (83), Iran (72), Libyen (55), Bahrain (39).⁴ Besonders im Bereich Bildung hinkt Syrien hinterher (0,455), aber auch das Einkommen ist verhältnismäßig gering (0,519). Dagegen ist die gute Gesundheitsversorgung hervorzuheben, die sich an der relativ hohen Lebenserwartung von 74,6 Jahren zeigt, im Vergleich zu Ägypten, Marokko, Saudi-Arabien oder Jemen, wo die durchschnittliche Lebenserwartung bei 63,9 Jahren liegt.

2008 fallen laut UNDP rund 30 Prozent der Syrer unter die so genannte obere Armutsschwelle. Höchste Armutsraten sind in der ländlichen Bevölkerung, insbesondere im Nordosten, sowie in Vorstädten und informellen städtischen Siedlungsgebieten zu verzeichnen. Durch mangelnde Beschäftigungsmöglichkeiten ist die Situation sehr schwierig für die hohe Zahl an jährlich neu in den Arbeitsmarkt eintretenden Menschen. Das Bevölkerungswachstum seit den neunziger Jahren beträgt jährlich 2-3% – fast 40% der Bevölkerung sind jünger als 14 Jahre.⁵ Offizielle Statistiken gehen von rund 10 bis 15 Prozent Arbeitslosen aus, inoffizielle gar von mindestens 20 Prozent. Die Arbeitslosigkeit ist unter jungen Frauen, die in die Erwerbstätigkeit eintreten wollen, am höchsten. Da Syrien Zufluchtsort für ca. 450.000 palästinensische und knapp 1 Million irakische Flüchtlinge ist, wird die Situation verschärft. Zudem muss Syrien etwa ab dem Jahr 2015 Öl importieren, was eine weitere wirtschaftliche Schwächung bedeutet und für die riesige Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst eine Bedrohung ist.

Auf allen Ebenen hat sich das System als undemokratisch und korrupt erwiesen. Der Ausnahmezustand dauert seit 1963 an, Begründung ist der „Kriegszustand“ mit Israel. Der Herrschaftsanspruch der regierenden Baath-Partei ist in der Verfassung festgeschrieben, öffentliche Kritik an der Regierung wird unterdrückt, es gibt viele Fälle von Folter und Misshandlungen von Gefangenen. Die Ansätze zur Entwicklung einer offenen Gesellschaft seit 2001 werden mit polizeistaatlichen Mitteln überwacht und unterdrückt. Zivilgesellschaftliches Engagement wird von den Sicherheitsdiensten streng kontrolliert. Beim Corruption Perceptions Index von 2010 befindet sich Syrien auf Rang 127 von 178.⁶

Gewaltvolle Strategien der Protestniederschlagung

Bisher haben die Proteste gezeigt, dass das syrische Regime unter gesellschaftlichem Druck rigider wird, die Protestbewegung wird brutal niedergeschlagen.⁷ Dabei nutzt Syrien die Techniken und Taktiken, mit denen das iranische Regime die Proteste im Iran 2009 niederschlug:

– *Gewalt und Repression*: Die Demonstrationen werden von syrischen Sicherheitskräften gewaltsam aufgelöst, die Regierung setzt Heckenschützen ein und stürmt die Moschee in Dar'a, bei Solidaritätsbekundungen in Damaskus werden Menschen verhaftet, Gouverneure von Städten die Protesthochburgen werden abgesetzt.

– *Überwachung*: Speziell ausgebildete Sicherheitskräfte überwachen die sozialen Netzwerke Twitter und Facebook, was zu einer Verhaftungswelle von hunderten Syrern in den letzten Wochen geführt hat.

– *Falsche Berichte*: Am 6. Juni sollen 120 Soldaten in der nordsyrischen Stadt Dschisr asch-Schughur ums

- Leben gekommen sein, und der syrische Innenminister kündigte eine Militäroperation gegen die angeblich existierenden bewaffneten Gruppen in der Stadt an, woraufhin tausende Menschen flüchten, zum Teil in die Türkei.

– *Vorgebliches Entgegenkommen und Nachgeben:* Am 27. März Aufhebung des Notstandsgesetzes, während die Antiterrorgesetze in Kraft bleiben, am 29. März 2011 Rücktritt des Ministerpräsidenten Muhammad Nadschi al-Utri zusammen mit seinem Kabinett, mehrere Gouverneure werden abgesetzt, Kurden ohne türkischen Pass erhalten Recht auf Arbeit.

Diese Maßnahmen sind jedoch auch Zeichen dafür, dass das Regime in der Defensive ist, und Ansporn für weitere Proteste.

Perspektiven für die Protestbewegung

Um eine Regierung der ArbeiterInnen, Armen und jungen Menschen und ein demokratisches, sozialistisches System aufzubauen, wäre eine politische Organisation notwendig, die bisher nur in Ansätzen vorhanden ist. Es besteht die Gefahr, dass die Protestbewegung in Syrien sich totlaufen könnte. Es gibt keine Organisation, mit der der Kampf gegen die Diktatur und für soziale und demokratische Rechte geführt werden könnte. Seit einiger Zeit entstehen in den meisten Städten Lokale Koordinationskomitees, doch deren Einfluss in den einzelnen Regionen ist

schwer einzuschätzen. In Hama und Homs sind AktivistInnen der verschiedensten religiösen und ethnischen Bevölkerungsteile vertreten, und das Komitee spielt eine zentrale Rolle bei der Protestorganisation. Diese Basisorganisationen könnten in der nächsten Zeit die entscheidenden Organisationsformen sein, um den Kampf gegen die Diktatur weiterzuentwickeln und zum Sieg zu führen.⁸ Sie können auch der Kern für eine neue revolutionäre Massenpartei sein, der es gelingt, den Kampf erfolgreich auszuführen. Trotz zahlreicher Streiks und regionaler Generalstreiks in Hama oder Homs ist die ArbeiterInnenklasse noch nicht als solche aufgetreten. Ihr bewusstes Eingreifen in den revolutionären Prozess mit sozialistischen Forderungen wäre entscheidend für den Erfolg der Bewegung. Der offizielle syrische Gewerkschaftsverband ist dazu jedenfalls nicht in der Lage. Er organisiert überwiegend ArbeiterInnen aus der Öl- und Gasindustrie, von denen bekannt ist, dass sie sich in mehreren Fällen an Demonstrationen, etwa in Dair Az-Zour, einem Zentrum der Öl- und Gasindustrie, beteiligten. In den Stellungnahmen der Gewerkschaftsführung wurde von einer „ausländischen Verschwörung“ gesprochen und dazu aufgerufen, auf Bashir al-Assad zu vertrauen. Auch wenn der Öl- und Gassektor an Bedeutung verloren hat, so hätten die ArbeiterInnen dieser Bereiche immer noch die ökonomische Macht, der Regierung einen entscheidenden Schlag zu versetzen.⁹

1 Vgl. Ende, Werner; Steinbach, Uwe (Hrsg.): Der Islam in der Gegenwart, Bonn 2005, S.510-516.

2 Vgl. Antoszewski, Andrzej; Herbut, Ryszard: Demokracje Europy Srodkowo-Wschodniej w perspektywie porównawczej, Wrocław 1998.

3 Perthes, Volker: Geheime Gärten – Die neue arabische Welt, Berlin 2002.

4 UNDP, 2010 HDI update: http://hdr.undp.org/en/media/Lets-Talk-HD-HDI_2010.pdf am 5.7.2011

5 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: http://www.bmz.de/mobil/was_wir_machen/laender_regionen/laenderueberblick/syrien.html

6 Transparency International, Corruption Perceptions Index 2010: http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2010/results am 5.7.2011

7 Perthes, Volker: Druckwelle des Wandels, in: Der Spiegel, Geschichte – Arabien: Kalifen, Kriege und der Kampf um Freiheit, Nr.3/2011, S. 138-141.

8 Maier, Georg: Syrien – Hundert Tage Aufstand, in: sozialismus.info, Die Website der SAV - Sozialistische Alternative, <http://www.sozialismus.info/?sid=4324> am 6.7.2011

9 Ebd.

Tunesien: Soziale Dynamik & Strukturen in der Revolution

Von Dr. Bernard Schmid

Anmerkung: Die Schreibweise *Ben 'Ali* ist Absicht, da sie näher an einer korrekten Transkription aus dem Arabischen liegt als die eingedeutschte Schreibweise (Ben Ali). Der Apostroph vor einem Vokal bedeutet in der international üblichen Transkription einen bestimmten Vokal, der hinten in der Kehle ausgesprochen wird.

Der Funke des „Arabischen Frühlings“ 2011 ging von Tunesien aus. Dort floh der seit November 1987 ununterbrochen regierende (und periodisch bei „Wahlen“ mit jeweils über 90 % der Stimmen amtlich bestätigte) Präsident Zine el-Abidine Ben 'Ali am Abend des 14. Januar d. J. außer Landes. Seitdem lebt er im saudi-arabischen Djidda in einem vergoldeten Exil.

Unmittelbarer Auslöser der Revolte, die Tunesien in diesem Ausmaß seit einem Generalstreik vom 26. und

27. Januar 1978 und den „Brotpreisunruhen“ vom 27. Dezember 1983 bis 6. Januar 1984 nicht erlebt hatte – die letzte breite soziale Protestbewegung im Juni 2008 erfasste vor allem das Phosphat-Bergbaubecken von Gafsa –, war der Selbstmord eines jungen Prekären. Am 17. Dezember 2010 übergoss sich der 26-jährige Mohammed Bou'azizi in der 40.000 Einwohner/innen zählenden zentraltunesischen Stadt Sidi Bouzid mit einer brennbaren Flüssigkeit, Terpentin, und zündete sich an. Voraus gingen zahlreiche Schikanen durch die örtliche Polizei. Beim letzten Mal hatte eine Polizistin dem jungen Mann, der Abitur hat, aber sein Leben durch „illegalen“ Gemüseverkauf auf dem Markt fristen musste, seine Waren abgenommen. Bou'azizi wollte sich auf dem Polizeipräsidium beschweren, wo man ihn zum Teufel schickte. Daraufhin beging er vor den Türen des Gebäudes seine Verzweiflungstat.

Fünf Tage später, am Abend des 22. Dezember 2010, kam es in derselben Stadt zu einem neuen (weniger bekannt gewordenen) Drama: Der junge Arbeitslose Houcine Neji, 24 Jahre alt, kletterte auf einen Strommasten und stürzte sich vor den Augen einer Menge – die sich inzwischen unten versammelt hatte – in die 30.000-Volt-Leitungen. Unter den Worten „Kein Elend mehr, keine Arbeitslosigkeit mehr“ stürzte er sich in den Tod. Am 26. Dezember stürzte der 34-jährige Lotfi Guadri sich in fünf Kilometer Entfernung von Sidi Bouzid, in Gdera, absichtlich in einen Brunnen und ertrank. Anderthalb Wochen später, am 4. Januar 2011, starb Mohamed Bou'azizi in einem Spezialkrankenhaus in Tunis an seinen Verletzungen. Doch Mohamed Bou'azizi war nicht allein das Opfer polizeilicher Schikanen. Er wurde auch zum Sinnbild einer „verlorenen Generation“, einer Jugend mit Schul- und oft Hochschul-Abschlüssen, aber ohne Chancen auf einen halbwegs erträglichen Job.

Von der Revolte zur (demokratischen) Revolution

Schon wenige Stunden, nachdem Mohamed Bou'azizi in Flammen gestanden hatte, versammelten sich zahlreiche Elendsgenossen in Sidi Bouzid auf den Straßen und öffentlichen Plätzen. Ihr Protest schwoll schnell an, und in den darauffolgenden beiden Tagen gingen die Niederlassung der Staatspartei RCD (Demokratische Verfassungspartei), Autoreifen und ein Polizeiauto in Flammen auf. Polizisten wurden mit Steinen beworfen. Die sonst übliche bleierne Angst vor den „Sicherheitskräften“ wich der Wut. Die Bewegung breitete sich schnell aus. Am Wochenende des 25. und 26. Dezember 2010 erreichte sie die Hauptstadt Tunis, wo erste Demonstrationen stattfanden. Nochmals massiv verbreitert wurde sie ab dem 3. Januar 2011 durch das Ende der Schul- und Hochschulferien.

Das auslösende Element der Massenproteste, die innerhalb der darauf folgenden anderthalb Wochen die Abdankung des Präsidenten Ben 'Ali erzwingen konnten – nachdem die polizeiliche Repression gegen die Demonstrationen insgesamt 230 Tote gefordert hatte –, war also klar eine soziale Revolte. Dennoch beschränkte sich die Bewegung nicht darauf. Vielmehr wurde der Protest, je schneller er wuchs, de facto zur klassenübergreifenden, demokratischen Massenbewegung, die endlich die bleierne Ruhe von 23 Jahren polizeistaatlicher Diktatur und stickiger gesellschaftlicher Atmosphäre durchbrach. Eine wesentliche Rolle spielten dabei etwa auch die Anwältinnen und Anwälte. Als Anwalt oder Anwältin gegenüber einem Staat, dessen Strukturen notorisch korrupt waren, der sich selbst nicht an eine Rechtsbindung hielt, der die eigenen Gesetze übertrat und vielfach Folter praktizierte, tätig zu sein – dies bedeutete notwendig die Bereitschaft dazu, auch mit den Machthabern im Konflikt zu stehen.

Die Rolle der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter- und Angestelltenschaft

Ab der zweiten Januarwoche 2011 trat auch der Gewerkschafts-Dachverband UGTT (*Union générale tunisienne du travail*, Allgemeine tunesische Werktätigen-Union) in die Protestbewegung ein. Einige seiner regionalen Strukturen und Branchenverbände – entgegen anderslautenden Gerüchten jedoch nicht der Dachverband selbst – riefen für den 14. Januar 2011 die abhängig Beschäftigten zu einem Generalstreik auf. Just an jenem Tag floh Präsident Ben 'Ali, auf Drängen seiner engeren Umgebung hin,

außer Landes.

An ihrer Spitze hatte die UGTT zwar bis dahin unter der Kontrolle des Staatsapparats gestanden. Verantwortlich dafür war eine Mischung aus Korruption, Ämterkauf, Repression gegen missliebige Mitglieder oder Gewerkschaftsfunktionäre sowie materiellen Vorteilen für „auf Linie“ befindliche Bürokraten. Eine große Anzahl ihrer Apparatschiks waren gleichzeitig Abgeordnete der Staatspartei RC. Doch mehrere ihrer Branchenverbände standen bis zuletzt deutlich oppositionell zum Regime. Beispielsweise die Branchengewerkschaft der Mediziner im öffentlichen Krankenhausdienst, der Lehrerinnen und Lehrer, der Beschäftigten im Post- und im Fernmeldewesen. Ebenso standen mehrere regionale Untergliederungen der UGTT, so im Bergbaubecken von Gafsa, – Schauplatz der letzten größeren sozialen Massenrevolte von Januar bis Juni 2008 –, in Opposition zum Regime wie zur Bürokratie des eigenen Dachverbands. Dabei bildete sich in der letzten Phase des Regimes aus der Verquickung des Gewerkschaftsmilieus mit den Milieus von Frauenrechtlerinnen, widerständigen Anwälten, linken Aktivisten ... eine Art „Gegengesellschaft“ heraus.

Auch und gerade nach dem Sturz Ben 'Alis fanden in Tunesien eine Reihe von Streikbewegungen statt. In der Anfangsphase forderten diese oft die Auswechslung von als korrupt verschrienen, durch ihre enge Verbindung mit dem Ben 'Ali-Regime belasteten Direktoren und Betriebsleitern. Was nicht mit dem Bestreben nach Aufbau eines sozialistischen Räte-systems in den Unternehmen, wie manche Linke es auf die Situation projizierten, verwechselt werden darf. Im Vordergrund stand der demokratische Aspekt, d.h. der Wunsch nach Auswechslung des Personals der alten Diktatur und nach Beendigung der Korruption.

Ende Januar 2011 beispielsweise „entließen“ die Angestellten der Versicherungsgesellschaft Star ihren Leiter, bei der Nationalen Landwirtschaftsbank wurde der Manager ebenfalls aus dem Amt vertrieben. Und auch beim tunesischen Unternehmerverband, Utica, wurde der bisherige Vorsitzende Hedi Jilani durch Proteste verjagt. Im tunesischen Fernsehen übernahmen Gewerkschafterkomitees zum selben Zeitpunkt vorübergehend die Kontrolle über die Nachrichtensendung.

Auch Monate später fanden weithin Aufsehen erregende Streiks in Tunesien statt. Einer der wichtigsten Streiks fand den ganzen Monat Mai und die erste Junihälfte 2011 über bei *Tunisie Télécom* statt. Seit einer Teilprivatisierung des Unternehmens im April 2006 hatte dieses externe Berater und Manager – mehrheitlich Auslandstunesier – zu, im Vergleich mit den Löhnen des übrigen Personals, astronomischen Gehältern eingestellt. Eine Vereinbarung mit den Streikenden vom 16. Juni 2011 sieht nunmehr vor, dass 53 von 63 der besonders kritisierten Manager gefeuert werden. Bei einem der größten tunesischen Wirtschaftsunternehmen, *Poulina Group Holding* (PGH), konnten streikende Beschäftigte relativ stattliche Lohnerhöhungen durchsetzen. Hingegen scheiterten sie bei dem Versuch, die Entlassung eines als korrupt verschrienen und mit der Mafia Ben 'Alis in Verbindung stehenden Direktors einer Filiale zu erzwingen: Er wurde mit einer Aussperrung beantwortet, die Streikenden mussten an dem Punkt nachgeben. Dies deutet daraufhin, dass die Forderung seitens der Lohnabhängigen, über die Absetzung eines (in diesem Falle besonders korrupten) ▶

- Direktors mit zu entscheiden, die „Entscheidungsträger“ ganz besonders störte – stärker als die erhobenen Lohnforderungen.

Bei dem größten Exportunternehmen Tunesiens, dem im Chemiesektor tätigen *Groupe chimique tunisienne* (GTC), konnte die Einstellung von 3.500 jungen Arbeitslosen erzwungen werden. Zu diesem Zweck wurden neue Aufgabenbereiche in dem Unternehmen geschaffen, die sich künftig um die Entgiftung der Umwelt in Südtunesien – wo die Hinterlassenschaften des Phosphatbergbaus bislang in die Landschaft gekippt worden waren –, die Entseuchung von Oasen und Wiederaufforstung kümmern. Insofern war es der Protestbewegung zumindest gelungen, einen gewissen Einfluss auf die Investitionspolitik und die Ziele der wirtschaftlichen Aktivität zu nehmen. Zwar noch nicht so weitgehend wie im Optimalfall einer sozialistischen Selbstverwaltung, dennoch konnte ein Teil der Aktivität des Unternehmens in gesellschaftlich sinnvolle Bahnen gelenkt werden. Insgesamt jedoch dominiert in Tunesien zur Jahresmitte 2011 eine durch breite Kreise pessimistisch bewertete wirtschaftliche Situation, und damit einhergehend beginnt eine gewisse Resignation. Auch wenn man die wahlpolitische Ebene sicherlich nicht überbewerten darf – die Linke sollte die außerparlamentarische Ebene sicherlich höher bewerten –, so wird doch die ziemlich schleppend verlaufende Einschreibung der Stimmberechtigten auf die Wählerlisten für die ersten freien und pluralistischen Wahlen in Tunesien (die am 23. Oktober stattfinden sollen) auch als Indiz dafür betrachtet. In der dritten Augustwoche hatten 50 bis 55 Prozent der Stimmberechtigten sich eingeschrieben. Der Hintergrund für die Ausbreitung wirtschaftlicher Befürchtungen: Während der Tourismus in Tunesien im ersten Halbjahr 2011 einen starken Einbruch erlebt hatte, droht ein Teil der (einheimischen wie der internationalen) Bourgeoisie mit dem Abzug ihrer Investitionen ins Ausland und versucht die „zu viel streikende und zu viel protestierende“ Bevölkerung auf diesem Wege einzuschüchtern. Im ersten Semester 2011 erfuhr die tunesische Ökonomie eine Schrumpfung um -7,4 %.

Eine weitere Ebene der Selbstorganisation, jenseits von betriebs- oder arbeitsbezogenen sozialen Kämpfen, war vor allem in der Anfangsphase der Revolution im Januar/Februar 2011 die Schaffung von Stadtteilgruppen. Diese Erscheinung, die auch in Ägypten beobachtet wurde, beruhte zunächst ebenfalls nicht auf dem politischen Willen zur Errichtung eines sozialistischen Rätessystems, sondern auf örtlichen Notwendigkeiten, die mit der Sicherheit der Bewohner/innen zusammenhingen. Im Zusammenhang mit den Umbrüchen gingen viele Polizisten der bisherigen Diktatur unter Ben 'Ali – darunter nicht wenige in Zivil arbeitende Mitglieder der molochartigen Nachrichtendienste, oder Angehörige von besonders repressiven Eliteneinheiten, die fürchteten, unter einem neuen Regime zu «belastet» für eine Karriere zu sein – zu blankem Terror über. In Vororten von Tunis wurde nächtlich wild um sich geschossen, um den Anschein von «Chaos und Anarchie» (nicht im Sinne der anarchistischen Utopie von herrschaftsfreier Gesellschaft, sondern des bürgerlichen Begriffs von „Unordnung“) zu erwecken. Dadurch sollte der Bevölkerung eingetrichtert werden, dass die Alternative laute: „das bestehende Regime oder das Chaos“. Allgemein sollte ein Unsicherheitsgefühl erweckt werden. Hinzu kam,

dass zahllose Strafgefangene – rund 11.000 – während der Umbrüche aus den Haftanstalten fliehen konnte. Einige von ihnen nutzten die Gelegenheiten zu Diebstählen, um sich in der neugewonnenen Freiheit über Wasser zu halten. Vor diesem Hintergrund bildeten sich Nachbarschaftsräte, die beispielsweise als *Conseils de quartier* (Wohnviertel-Räte) bezeichnet wurden. Selbige sollten sich um die Organisation der Bewohner/innen zwecks Aufrechterhaltung der Sicherheit auch ohne Polizei, etwa durch gemeinsame Rundgänge oder erhöhte Wachsamkeit im Wohngebiet, kümmern.

Die politische Natur dieser provisorischen Komitees war durchaus schillernd. Die tunesische Armee, die – ähnlich wie in einer allerersten Phase (vor der Abdankung von Präsident Hosni Mubarak am 11. Februar 2011 und dem Antritt einer Militärregierung, des SCAF – *Supreme Council of armed forces*) zunächst auch die ägyptische Armee – die Revolution begleitete und anders als Polizei und Milizen nicht auf die Protestierenden schoss, genoss in weiten Teilen des Bevölkerung noch ein gewisses Vertrauen. An manchen Orten war sie es, die die Bevölkerung zur Bildung solcher Nachbarschaftsräte aufrief. An anderen Orten hingegen war deren Schaffung das Ergebnis eines spontan „von unten“ kommenden Prozesses. Auch die Zielsetzung unterschied sich zum Teil von Örtlichkeit zu Örtlichkeit: Mancherorts ging es den Bewohner-inne-n vor allem darum, zu zeigen, dass sie auch ohne die „Sicherheits“kräfte des autoritären Regimes auskämen. An anderen Orten, etwa in wohlhabenderen Wohngebieten oder auch manchen Mittelklassevierteln, ging es dagegen eher um Schutz vor Plünderungen und die Abwehr von als Bedrohung wahrgenommenen Regungen der Armutbevölkerungen.

Auf überörtlicher Ebene kam es zunächst zu keinem Zusammenschluss dieser Nachbarschaftsräte, von denen einige auch über die Monate hinweg weitermachten und zum Teil auch zum Forum für politische Diskussionen wurden. In jüngerer Zeit kam es dagegen zu Zusammenschlüssen: Am 7. August 2011 schlossen sich etwa die „Komitees und Räte für den Schutz der Revolution im Großraum Tunis“ (*conseils et comités de protection de la révolution du Grand Tunis*) auf einem gemeinsamen Treffen in El-Wardia, einem Stadtteil im Süden von Tunis, zusammen. Es gibt allerdings seit Monaten auch auf nationaler Ebene einen „Rat für den Schutz der Revolution“, in dem alle wesentlichen politischen Kräfte – von der radikalen Linken bis zu den Islamisten – vertreten sind: Seine Gründung war zu Anfang des Jahres, im Februar 2011, das Zugeständnis der bürgerlichen Übergangsregierung an die außerhalb von ihr stehenden politischen Kräfte, um ihnen zu versichern, eine gewisse Kontrolle über den Übergangsprozess zu behalten. Ein Teil der radikalen Linken ist jedoch inzwischen der Auffassung, dass man damals in die Falle einer Institutionalisierung getappt sei, da die Aufgaben des Gremiums nicht genau bestimmt seien, während die bürgerliche provisorische Regierung die reale Kontrolle über den Übergangsprozess behalte. Als einen seiner ersten Beschlüsse entschied der Zusammenschluss im Raum an jenem ersten Augustsonntag, eine Kampagne für die Freilassung von jugendlichen Demonstranten zu führen, die bei einer der zahllosen kleineren Protestaktionen der Wochen zuvor und bei Scharmützeln mit der Polizei festgenommen worden waren. ■

Wenn in einem europäischen Kontext über Fragen und Probleme im Bereich der Migration, insbesondere über Flüchtlingsfragen gesprochen wird, fällt fast unweigerlich früher oder später der Name Frontex. Was Frontex genau ist, welche Aufgaben Frontex hat und welche Rolle es damit in der europäischen Migrations- und Asylpolitik spielt, soll im Folgenden erläutert werden.

Was ist Frontex?

Der offiziellen Bezeichnung nach ist Frontex die Gemeinschaftsagentur der EU zur Sicherung der Außengrenzen. Auch für andere Aufgaben, für die die EU zuständig ist, wurden solche Agenturen eingerichtet. Wie die Bezeichnung verrät, ist die Hauptaufgabe von Frontex die Sicherung der Außengrenzen der EU. Effektiv ist die Agentur damit das Hauptinstrument der EU und ihrer Mitgliedstaaten in ihrem Kampf gegen „illegale“ Migration. Frontex wurde 2005 mit der Verordnung 2007/2004 EG gegründet und hat seinen Sitz in Warschau. Dort arbeiten 200-300 Beschäftigte, davon etwas mehr als 100 als befristet angestellte sogenannte Contractors, also Leute, die mit zeitlich befristeten Dienstleistungsverträgen angestellt sind. Geleitet wird Frontex von einem Exekutivdirektor, derzeit ist das Ilkka Laitinen aus Finnland, sowie einem Verwaltungsrat, in dem die Mitgliedstaaten und die EU-Kommission vertreten sind. Um an dieser Stelle Missverständnisse zu vermeiden, ist es wichtig zu betonen, dass diese Angestellten keine Polizisten oder ähnliches sind, sondern Beamte, wie sie in jeder anderen Behörde auch zu finden sind. Auch verfügt Frontex (noch) über keinerlei Ausrüstung, um physisch Grenzen zu schützen, wie Fahrzeuge, Schiffe, Hubschrauber, Waffen etc.

Wie sich dies mit der Aufgabe, die europäischen Grenzen zu schützen, verträglich wird, wird klar, wenn man schaut, welche Aufgaben im einzelnen von der Agentur wahrgenommen werden sollen.

- „Risikoanalyse“. Gemeint sind Einschätzungen darüber, wie gut bestimmte Grenzabschnitte gegen illegale Grenzübertritte geschützt sind und an welchen Stellen wie viele dieser Übertritte zu erwarten sind. Anders ausgedrückt soll Frontex die „Gefahr“ der „illegalen Migration“ an bestimmten Stellen analysieren.
- „Joint Operations“ – auf Deutsch „Gemeinsame Einsätze“. Dies sind die „normalen“ Einsätze. „Gemeinsam“ bezieht sich darauf, dass verschiedene Mitgliedstaaten der EU beteiligt sind.
- Gemeinsame Ausbildungsstandards für Grenzschutzbeamte in Europa, bezogen auf die Lerninhalte. Frontex kann diese Standards natürlich nur entwickeln, sie auch verpflichtend in den Ländern einzuführen o.ä. fehlt ihm die Kompetenz.
- RABIT – Schnelle Eingreifteams; dafür muss jeder Mitgliedstaat einen Pool an Beamten zur Verfügung stellen, die innerhalb von 5 Tagen einsatzbereit sind. Diese Grenzbeamten werden an Frontex gemeldet, sie sitzen nicht in einer eigenen Frontex-Kaserne. Die RABIT-Einsätze unterscheiden sich nicht grundsätzlich von den normalen Joint Operations, es soll lediglich sicher gestellt sein, dass ein Einsatz schnell zustande kommen kann.
- Forschung und Entwicklung im Bereich Grenzsicherung. Frontex forscht aber nicht selbst, es werden

nur Entwicklungen verfolgt und Forschung angestoßen und koordiniert.

- „Joint return operations“ – Gemeinsame Abschiebungen. Auch hier hat Frontex die Aufgabe, zu koordinieren. Dazu können die Staaten an Frontex melden, wie viele Personen sie wohin abschieben wollen, bei Überschneidungen können dann die Abschiebungen gemeinsam durchgeführt werden.
- Zusammenarbeit mit anderen EU-Agenturen, Europol, internationalen Organisationen und Behörden aus Drittstaaten.

Die sogenannten Frontex-Einsätze finden bisher auf Antrag eines Mitgliedstaates der EU statt und sind immer zeitlich und räumlich begrenzt. Sie können verlängert werden. Die anderen Mitgliedstaaten können dann auf freiwilliger(!) Basis Personal und Ausrüstung beisteuern. Die Einsatzleitung hat dabei immer derjenige Mitgliedstaat, auf dessen Gebiet der Einsatz stattfindet. Alle Beamten, die an einem Einsatz teilnehmen, unterstehen daher dem Oberkommando des „Gastgeberstaates“.

Die bekanntesten und auch umfangreichsten Frontex-Einsätze bisher waren HERA, POSEIDON und HERMES. Hera fand im Atlantik statt, zwischen Portugal und Spanien im Norden bis zur Küste vor Westafrika, insbesondere um die Kanarischen Inseln herum. Poseidon war ein Einsatz an der griechisch-türkischen Grenze, Hermes war auf die südlichen Teile Italiens, vor allem die Mittelmeerinsel Lampedusa, konzentriert. Aus Sicht von Frontex waren diese Einsätze sehr erfolgreich, da sie drastische Verringerungen der Ankunfts zahlen von Migranten zur Folge hatten. Meist lag die Rate der Verringerung bei Werten zwischen 60% in Süditalien und 90% im Atlantik. Allerdings lässt die positive Bewertung von Frontex andere Faktoren außer Acht, am folgenreichsten dürfte dabei das italienisch-libysche Freundschaftsabkommen von 2008 sein, das Libyen verpflichtete, Menschen an der Überfahrt nach Italien zu hindern. Betrachtet man die statistischen Angaben über Migration im Süden Europas, wie sie beispielsweise auch von Frontex selbst veröffentlicht und in Karten eingetragen werden, wird deutlich, dass die Einsätze die Migration nach Europa nicht gestoppt oder gar nennenswert verringert haben. Stattdessen haben sich lediglich die bevorzugten Routen verlagert, und die Lebensgefahr auf diesen Routen ist geblieben.

Die Einsätze von Frontex sind nicht vollständig auf europäisches Territorium beschränkt, manche finden in Ländern außerhalb der EU, sogenannten Drittstaaten, statt. Das Ziel dieser umstrittenen Einsätze ist in der Regel, ungewollte Migration zu verhindern, bevor sie Europa erreicht. Zu diesem Zweck können beispielsweise Behörden in Drittstaaten beraten werden, wie die Ausreise der Migranten effektiv verhindert werden kann.

Frontex verschärft – Das neue Mandat

Im Jahr 2010 hat die EU-Kommission einen Gesetzesvorschlag zur Reform von Frontex vorgelegt. Gemäß den üblichen Verfahren haben sich Rat, Kommission und Parlament Ende Juni 2011 im sogenannten Trilog auf einen neuen Gesetzestext geeinigt. Die neue Regelung soll dann im September nach der Sommerpause offiziell in Parlament und Rat beschlossen werden und kann dann kurze Zeit später in Kraft treten. ▶

- Mit dieser Reform wurden zwei Ziele verfolgt: Einerseits sollten die Einhaltung und der Schutz der Menschenrechte eindeutig in Text verankert und insgesamt verbessert werden, andererseits die Einsatzkapazitäten ausgeweitet werden. Bezüglich des Schutzes der Menschenrechte hat man sich auf die folgenden Änderungen einigen können. Frontex bekommt einen Beauftragten für Menschenrechte, leider konnten wir uns mit unserer Forderung nach einer wirklich unabhängigen Person auf diesem Posten nicht durchsetzen. Stattdessen wird der Beauftragte intern rekrutiert, und er wird natürlich auch in Warschau sein Büro haben. Ihm wird aber ein Konsultationsforum zur Seite stehen, an dem Vertreter relevanter internationaler Organisationen (UNHCR, IOM etc.) wie auch Vertreter entsprechender NGOs teilnehmen werden. Gemeinsam mit diesem Forum wird ein Verhaltenskodex für die Grenzbeamten im Frontex-Einsatz entwickelt; so soll die Achtung der Menschenrechte im alltäglichen Einsatz verbessert werden. Auch wird die Möglichkeit bestehen, einzelne Einsätze abzubrechen oder zu suspendieren, falls es zu Verletzungen von Menschenrechten kommt. Schließlich wurden die Datenschutzbestimmungen konkretisiert, so dass auch für Menschen, die von Frontex an der Grenze aufgegriffen werden, einigermaßen dieselben Rechte an ihren Daten gelten wie für EU-Bürger. Von wahrscheinlich großer Reichweite sind Neuerungen hinsichtlich der Einsatzkapazitäten. Zu diesem Zweck wird Frontex in Zukunft eigene Ausrüstung wie Fahrzeuge u.ä. leasen oder kaufen können und darüber hinaus stärker an der Finanzierung von Einsätzen beteiligt werden können. Ebenso gestärkt wird die Rolle in der Einsatzkoordination, da Frontex in Zukunft, wenn auch unverbindlich, bestimmte Einsätze vorschlagen können.

Warum wir gegen Frontex sind

Der wichtigste Kritikpunkt an Frontex ist die Rolle als Anti-Migrations-Agentur. Ein Blick nur in die Erwägungsgründe der Gesetzestexte genügt: Die unregelmäßige und „illegale“ Migration gilt dort als eine der größten Bedrohungen unserer europäischen Gesellschaften, der öffentlichen Ordnung und der öffentlichen Gesundheit. In Kombination mit den seit Mitte der 1990er Jahre immer restriktiver werdenden Einwanderungsregelungen in ganz Europa ist Frontex zum Symbol der „Festung Europa“ geworden.

Sehr problematisch ist auch, dass sich Frontex zu einem guten Teil der parlamentarischen Kontrolle entzieht. Abgeordnete des Europaparlaments etwa besitzen ein Auskunftsrecht gegenüber der EU-Kommission, das aber allzuoft mit wohl formulierten Antworten, die sich um den heißen Brei herum winden, endet. Ähnlich schlecht stehen die Chancen der Abgeordneten in den Ländern. Hat der Einsatz nicht im eigenen Land stattgefunden, ist so gut wie nichts darüber zu erfahren, was die eigenen Beamten dort getrieben haben. Verstärkt wurde dieses Problem bisher auch dadurch, dass sich Rat und Kommission die Verantwortlichkeit für die Einhaltung der Menschenrechte bei Frontex-Einsätzen gegenseitig zuschoben, selber aber nie zuständig sein wollten.

Last but not least sind die Probleme rund um Frontex aber auch in den Kompetenzen der EU begründet. Zwar hat man ein gemeinsames Grenzschutzsystem (eben Frontex) und gemeinsame Regelungen für die Erteilung von Visa, aber bis heute kein gemeinsames System, das sich an Asylbewerber, Notleidende und Arbeitssuchende Drittstaatler richtet und es auch verdient hätte, als gemeinsames System bezeichnet zu werden.

Solange dies nicht angegangen wurde, wird sich auch die Rolle von Frontex als Anti-Immigrations-Agentur nicht ändern lassen. ■

Die Grenzen Europas – Die Reaktion der Europäischen Union auf die demokratischen Revolutionen in Nordafrika am Beispiel Migration

Von Miriam Edding

„Mit dem Sturz von Ben Ali befreite sich nicht nur eine ganze Gesellschaft, sondern hörte auch die europäische Grenze im Mittelmeer für einen Moment auf zu existieren. Die europäische Politik der Externalisierung der Grenze verlor einen ihrer autokratischen Partner, auf den sie zur Umsetzung dieser Politik angewiesen war.“¹

Die Revolution in Tunesien beendete die Herrschaft des Präsidenten Ben Ali und seiner Partei RCD, die in 23 Jahren an der Macht einen der effektivsten Polizeistaaten Nordafrikas aufgebaut hatten. Sie wirkte als Katalysator für den Wunsch nach tief greifender Veränderung im ganzen arabischen Raum. Im Februar, kurz nach dem Sturz von Präsident Ben Ali, schrieb ein marokkanischer Aktivist: „Seit die Proteste in Tunesien begonnen haben, halten wir alle – Demokraten, Jugendliche, Vertreter von Menschenrechtsorganisationen – den Atem an. Auch wir leben in einer Diktatur, auch bei uns reißen sich fünf Prozent der Bevölkerung die Reichtümer des Landes unter den Nagel. Auch wir wollen unsere Rechte und

wir wollen in Würde leben können. Die Tunesier leben nicht auf dem Mars, sie leben hier, direkt neben uns, sie sind unsere Nachbarn!“²

Für kurze Zeit fragte sich auch Europa beschämt nach der eigenen Verantwortung für die Langlebigkeit der kleptokratischen und autoritären Herrschaftscliquen: Jahrelang waren in den Hauptstädten Europas Stabilität und Sicherheit, verlässliche Bündnispartner bei der Etablierung neoliberaler Wirtschaftsbeziehungen und die Zusicherung des ungehinderten Zugriffs auf das schwarze Gold ungleich wichtiger als Demokratie und Menschenrechte. Weiterhin wurde die mit Zuckerbrot und Peitsche durchgesetzte Kooperation bei der Abwehr von Migranten in den letzten Jahren zu einer der zentralen Interessensphären der EU in Bezug auf seine nordafrikanischen Nachbarn.

Lieber Schengen in Frage stellen als Solidarität zeigen?

Doch der mit vielen Toten bezahlte Versuch der Demokratisierung auf der einen Seite des Mittelmeers findet nach der kurzen Phase kritischer Selbstreflexi-

on keine solidarische Antwort auf der europäischen Seite. Besonders deutlich werden die alten, nur von eigenen Interessen geleiteten Reflexe beim Thema Migration: Die Flucht von 35 Tausend jungen Tunesiern nach Lampedusa löste einen beispiellosen EU-Konflikt aus – erst zwischen Italien und Frankreich, dann innerhalb der EU insgesamt. Italien reagierte auf die Ankunft der Tunesier mit einer Art Trick, um das Dublin-II-Regelwerk, das die Aufnahme von Flüchtlingen überwiegend den EU-Außengrenzen-Anrainerstaaten aufbürdet, zu umgehen: Italien stellte den Tunesiern Visa aus, die diese zu einem Großteil nutzten, um zu Verwandten und Freunden nach Frankreich weiterzureisen. Frankreich wiederum schloss daraufhin kurzfristig seine Grenze nach Italien. Die Flucht einer überschaubaren Zahl von tunesischen Jugendlichen nahm die rechtspopulistische Dänische Volkspartei zum Anlass, um ihre Forderung nach Wiedereinführung von Grenzkontrollen durchzusetzen. Dänemark handelte sich damit einen veritablen Streit mit der EU-Kommission ein. Die Abschaffung der innereuropäischen Grenzen ist ein Grundpfeiler des europäischen Einigungsprozesses und die Infragestellung des Schengenabkommens durch die xenophoben Reaktionen einiger Mitgliedsstaaten daher keine Kleinigkeit. Sie berührt das Fundament des europäischen Selbstverständnisses. Nach dem Motto: „Lieber Schengen in Frage stellen als Solidarität zeigen“ werden von rechts-populistischen Parteien bis weit in das konservative Spektrum hinein zunehmend EU-Ressentiments und rassistische Tendenzen in der Bevölkerung gemeinsam bedient und verstärkt. Das Unbehagen an den vielfältigen Auswirkungen der Globalisierung und den neoliberalen sozialen Verwerfungen wird wieder einmal, aber in bisher unbekannt autodestruktiver Weise, über nationalistische Reflexe gegenüber Migrant*innen kanalisiert. Statt des notwendigen Bruchs mit der alten Politik, autokratische Herrscher gegen die Interessen der eigenen Bevölkerung mit viel Geld zu „Wachhunden“ der EU-Grenzen zu „dressieren“, reagierte die EU – allerdings getrieben von einzelnen Staaten – mit einer Verschärfung des Grenzregimes. Auf den Verlust seiner Verbündeten bei der Abschottung der Außengrenzen antwortete Europa mit der Infragestellung einer zentralen europäischen Errungenschaft: dem Wegfall der EU-Binnengrenzen.

Die Militarisierung der Außengrenzen bleibt bestehen

In der gleichen Logik war die Reinstallation des alten Wachhundsystems eine der ersten Maßnahmen, mit denen einzelne europäische Staaten sowie einige EU-Gremien auf die Revolutionen reagierten. Die Operation Hermes der europäischen Grenzschutzagentur Frontex ist schon seit Ende Februar 2011 vor Tunesiens Küsten aktiv, um die durch den Wegfall der Ben-Ali-Polizei entstandene Lücke bei der Grenzkontrolle zu schließen. Anfang April meldete sich der Generaldirektor von Frontex, Ilkka Laitinen, zu Wort und forderte ein informelles Arbeitsabkommen mit Tunesien, um Grenzkontrollen und Rückführungen zu erleichtern. Laitinens Wunsch fand rasch Gehör: Am 24. Mai erhielt Frontex das Mandat, nicht nur mit Tunesien, sondern auch mit Ägypten und Marokko ein Arbeitsabkommen zu schließen. In diesem Abkommen soll es um einen strategischen Informationsaustausch, um die Erstellung von Risikoanalysen und um Kooperation in den Bereichen Fortbildung, Forschung und Entwicklung bei der Verhinderung von Migration gehen.

Italien eröffnete den Reigen von Regierungen, die in Tunesien vorstellig wurden, um für die Wiedereinsetzung der alten Ordnung zu sorgen. Allerdings stießen der italienische Außenminister Frattini – der wegen der Tunesien-Flüchtlinge vor italienischer und europäischer Presse das Bild von einem „Exodus biblischen Ausmaßes“ an die Wand malte – und sein Innenministerkollege Maroni bei ihrem ersten Besuch nicht auf dieselben willigen Partner wie zuvor. Die tunesische Übergangsregierung verhandelte hart und erreichte immerhin eine humanitäre Aufenthaltserlaubnis für die ersten 25 Tausend Tunesier, die über Lampedusa nach Italien gelangt waren. Sie weigerte sich, der Entsendung italienischer Patrouillenschiffe in tunesische Hoheitsgewässer zuzustimmen. Erst nach dem Besuch von Berlusconi persönlich musste Tunesien im April einlenken und die von der Bevölkerung gehassten Kontrollen seiner Küsten wiederherstellen. Italien stellte dafür 100 Millionen Euro sowie vier Küstenschiffe und Fahrzeuge zur Grenzkontrolle zur Verfügung. Als Zuckerbrot wurden Wiederaufbaukredite in Höhe von 150 Millionen Euro in Aussicht gestellt. In Tunesien ist off the records zu hören, dass auch dieses Abkommen nur zu Stande kam, da Italien in Missachtung der Rechte eines souveränen Staates Hubschrauber entlang der tunesischen Küsten fliegen ließ, die mit Kameras Aufnahmen von den Booten der Flüchtenden machten, und mit diesem Beweis über die völlige Abwesenheit von Grenzkontrollen die tunesische Regierung unter Druck setzte. „Wir müssen realistisch sein: Wenn Italien einen Streit mit Frankreich riskiert, um die Flüchtlinge aus Tunesien loszuwerden, welche Chancen haben wir da? Die Machtverhältnisse sind ziemlich eindeutig ...“, kommentierte der Migrationsforscher Mehdi Mabrouk das Verhandlungsergebnis.³ Auch mit dem libyschen Übergangsrat hat Italien am 17. Juni ein Abkommen zur Verhinderung illegaler Migration geschlossen. Maroni wollte sogar erreichen, dass Natokriegsschiffe die Boote der Flüchtlinge kontrollieren sollen.

Nach dem Streit zwischen Frankreich und Italien starteten Berlusconi und Sarkozy eine gemeinsame Initiative, um die Wiedereinführung nationaler Grenzkontrollen innerhalb der EU unter bestimmten Bedingungen zu ermöglichen. Statt das seit längerem in der Kritik stehende Dublin-II-Abkommen in Frage zu stellen, das die Aufnahme von Flüchtlingen überwiegend an die Länder mit EU-Außengrenzen delegiert, beschloss der Europäische Rat auf dem EU-Gipfel am 23. Juni, die zeitweilige Wiedereinführung von Grenzkontrollen in Notsituationen zuzulassen. Dies war zwar auch bisher schon möglich – zum Beispiel bei Fußballspielen oder Regierungsgipfeln, um Hooligans oder Demonstranten zurückzuweisen, die Ausnahmeregelungen wurden nun aber explizit auf „starken Migrationsdruck“ erweitert.

Europa an seinen Grenzen?

Die Unangemessenheit der europäischen Reaktion wird angesichts der Zahl der Menschen, die im Zuge der Umbrüche im arabischen Raum ihre Länder verlassen mussten oder wollten, besonders deutlich. Der Krieg in Libyen und die Nato-Intervention haben die Situation extrem verschärft, insgesamt sind laut Schätzungen der IOM (International Organisation of Migration)⁴ mehr als eine Million Menschen auf der Flucht aus Libyen. Allein eine halbe Million davon nach Tunesien. Das kleine Land mit nur 10 Millionen Einwohnern ist damit zum Hauptaufnahmeland ge-

- ▶ worden. Aber auch in Länder wie Niger oder Tschad, die zu den ärmsten der Welt gehören, sind 70.000 (Niger) und 30.000 (Tschad) Menschen aus Libyen geflüchtet. Die Flüchtlinge aus Syrien, die sich vor der tödlichen Repression, mit der Präsident Bashar al-Assad auf die Demonstrationen reagiert, in die Türkei in Sicherheit bringen, und die überwiegend jugendlichen Migranten aus Tunesien, die die Abwesenheit der Grenzkontrollen ausnutzten, um der wirtschaftlichen Misere zu entkommen, sind in dieser Statistik nicht enthalten.

Im Vergleich dazu sind geradezu lächerlich wenige Menschen in Europa angekommen (zur Erinnerung: Europa hat 700 Millionen Einwohner): Um die 35.000 Nordafrika-Flüchtlinge, überwiegend Tunesier, sind seit März auf Lampedusa gelandet, aus Malta werden

- 1 Perthes, Volker: Druckwelle des Wandels, in: Der Spiegel, Geschichte – Arabien: Kalifen, Kriege und der Kampf um Freiheit, Nr.3/2011, S. 138-141.
- 2 Ebd.
- 3 Paolo Cuttitta, Helmut Dietrich, Bernd Kasperek, Marc Speer, Vassilis Tsianos, „Die Grenze demokratisieren!“ in: Kritische Justiz, 2011, Heft 3, Nomos Verlagsgesellschaft, September 2011
- 4 Paolo Cuttitta, Helmut Dietrich, Bernd Kasperek, Marc Speer, Vassilis Tsianos, „Die Grenze demokratisieren!“ in: Kritische Justiz, 2011, Heft 3, Nomos Verlagsgesellschaft, September 2011

1.500 Flüchtlinge gemeldet, viele von ihnen sind subsaharische Migranten, die im Krieg in Libyen zwischen die Fronten geraten sind. Seit Anfang des Jahres sind circa 2000 Menschen im Mittelmeer bei dem Versuch ertrunken, sich vor dem Krieg in Libyen in Sicherheit zu bringen. Die EU ist weiterhin weder gewillt, mehr Menschen aufzunehmen noch die Situation an den Außengrenzen zu verändern, um die Tode zu verhindern.

Diese Zahlen sind schnell veraltet, werfen aber ein Licht darauf, dass in Europa die Relationen und Reaktionen in Bezug auf Migranten völlig unverhältnismäßig, um nicht zu sagen verrückt sind. Deutschland übrigens hat sich bisher ausschließlich dazu bereit erklärt, 150 Flüchtlinge aus Malta aufzunehmen.

Zum Libyen-Krieg des Westens

Von Dr. Erhard Crome

Wenn die Herrschenden den Einbruch des Krieges in das Leben unzähliger Menschen und damit den Tod vieler Unschuldiger und das neuerliche Schuldigwerden ihrer Kriegsknechte befohlen haben, stellt dies stets auf's Neue eine Herausforderung für das Denken und Fühlen dar, Wut und Ablehnung, aber auch Mitgefühl und Solidarität stellen sich ein. Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit. Im Zeitalter der elektronischen Medien werden nicht nur die elektronischen Systeme und die Journalisten „eingebettet“ in das Lügengespinnt der Kriegspropaganda, sondern auch die gesiebten Informationen. Die dürftige Informationslage in Europa zu Libyen, eigentlich zu ganz Nordafrika, ist Ausdruck dessen, dass sich die meisten Europäer jenseits von Ägypten, den Pyramiden und dem Tourismus kaum mit der Region befassen haben. Das erleichtert es, auch mit Falschinformationen und Spekulationen Krieg zu führen. Eine Untersuchung, die auf den Tatsachen fußen will, hat es daher schwer.

Der dritte Krieg des Westens in der muslimischen Welt seit 2001

Die Kriegsaktionen westlicher Mächte gegen Ziele in Libyen begannen mit Luftangriffen am 19. März 2011; am 22. März folgte eine Seeblockade. Am 24. März hieß es, die Luftwaffe von Gaddafi sei zerstört, „Phase I“ des Krieges abgeschlossen. Für „Phase II“ übernahm die NATO das Kommando. Den Versuchen der Afrikanischen Union, des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez und der türkischen Regierung, zwischen den libyschen Bürgerkriegsparteien zu vermitteln, um so den angedrohten Krieg der äußeren Mächte zu verhindern, war ein massiver Riegel der Macht des Faktischen vorgeschoben. Die Logik des Krieges hat die des Friedens außer Kraft setzen sollen, und sie waltet weiter.

Es ist ein „asymmetrischer“ Krieg. „Der Pilot eines Kampfbombers oder die Besatzung eines Kriegsschiffs, von dem aus Tomahawk-Raketen abgefeuert

werden, befinden sich außerhalb der Reichweite generischer Waffen. Der Krieg hat hier alle Charakteristika der klassischen Duellsituation verloren und sich, zynisch gesagt, gewissen Formen von Schädlingsbekämpfung angenähert.“ (Herfried Münkler) Der Schädling heißt jetzt Gaddafi. Nur, wie das mit der Kriegsoption und ihren Folgen so ist: Am Ende sterben nicht (nur) die Diktatoren, sondern unschuldige Menschen. Die Diskussion um „Kollateralschäden“ wird unterdrückt. Kann der Pilot im heranrasenden Flugzeug oder die Flügelrakete unterscheiden, ob das am Boden ein „Schädling“ oder ein „nützlicher Zivilist“ ist? Ein böser Regierungssoldat oder ein guter Aufständischer?

Die angreifenden Mächte haben seit Anbeginn nicht auf die „Flugverbotszone“ zum Schutz der libyschen Zivilbevölkerung abgezielt, wie es in der Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrates vom 17. März 2011 formuliert worden war, sondern auf den Wechsel des politischen Systems in Libyen. Das aber ist durch das Völkerrecht nicht gedeckt. Auch dieser Krieg des Westens hat mehr unschuldige Opfer, als uns die Medien glauben machen wollen, und er ist völkerrechtswidrig, auch wenn sich seine Betreiber auf Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates berufen. Es ist jetzt der dritte Krieg, den der Westen seit 2001 in der muslimischen Welt führt, nach dem Afghanistan- und dem Irakkrieg. Heute vermag niemand zu sagen, wie lange er dauern und wie viele Opfer er noch kosten wird, was das unmittelbare Resultat und am Ende die Folgen sein werden. Und gegen wen der nächste Krieg geführt wird. Wenn wir uns jedoch der Macht der Gewöhnung an den Krieg überlassen, wird der nächste ganz gewiss kommen.

Weltpolitische Verschiebungen

Zunächst bleibt festzuhalten, dass alle fünf Ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates unter der Voraussetzung agieren, dass sie Atommächte sind und gegeneinander selbst dann nicht Krieg führen

könnten, wenn sie es wollten. Die weltwirtschaftliche Verschiebung nach Asien hat die Chance, für sich genommen nicht zu größerer globaler Kriegsgefahr zu führen. Innerhalb der BRICS-Gruppe spielt die Frage des Atomwaffenbesitzes offenbar keine Rolle. Aber die Gruppe als Ganze handelt unter der Voraussetzung, dass global ein atomares Patt besteht (die Atomkräfte Russland und China sowie Indien sind Teil der Gruppe, zu der auch Brasilien und Südafrika als Nicht-Atomkräfte gehören) und sie daher in ihrem politischen Handeln durch die Atomwaffen der nordatlantischen Mächte nicht eingeschränkt ist.

Nimmt man die Verschiebung des weltwirtschaftlichen Schwergewichts nach Asien, zu Ungunsten Westeuropas und Nordamerikas, als die unterste Schicht des derzeitigen Weltgefüges und die militärisch-strategische Schicht der Kernwaffenpotentiale als die darüber liegende, so erhebt sich über dieser die der politisch-militärischen, wirtschaftspolitischen, ideologischen und politisch-diplomatischen Auseinandersetzungen. Der Libyen-Krieg ist ein Punkt der Weltauseinandersetzungen, in dem alle diese Entwicklungen und Veränderungen zusammengelaufen sind und von dem sie weiter ausgehen. Das Aufbegehren – einige sagten eine Zeitlang „die Revolution“ – in den arabischen Ländern ließ diese kurzzeitig als eigenständigen Akteur auf der Bühne der Weltgeschichte des 21. Jahrhunderts erscheinen. Alle großen Mächte der Welt bezogen sich auf sie. Ob deren Interaktion diesem Aufbegehren weitere Spielräume ermöglicht oder ob der Krieg des Westens in Libyen diesen Akteur wieder einzubinden vermag in das Geflecht fremder Interessen, ist noch nicht entschieden.

Hinzu kommt, dass die völkerrechtswidrige Kriegsführung westlicher Mächte in Libyen unter grobem Bruch der Festlegungen der Resolution 1973 des UNO-Sicherheitsrates dazu geführt hat, dass andere Mächte, wie Russland als Ständiges Mitglied des Sicherheitsrates, es ablehnen, das militärische Vorgehen der syrischen Behörden im Sicherheitsrat mit Sanktionen zu belegen, weil sie zu Recht davon ausgehen müssen, dass der Westen dies zum Anzetteln eines weiteren Krieges in der Region missbrauchen würde. Zudem schwiegen auch die westlichen Mächte zum gewaltsamen Eingreifen saudiarabischer Truppen gegen die Demokratiebewegung in Bahrain – dort befindet sich das Hauptquartier der 5. US-Flotte. Von „wertegeleiteter“ Politik des Westens, wie in Propagandareden immer wieder gern behauptet wird, kann bei dieser selektiven Kriegspolitik folglich keine Rede sein; der Libyen-Krieg ist Ausdruck einer offenen Interessenpolitik.

Versucht man, Schlussfolgerungen aus dem bisherigen Libyen-Krieg zu ziehen, so ist zunächst zu betonen, der Übergang zu der multipolaren Welt des 21. Jahrhunderts verläuft nicht „harmonisch“, sondern über eine Abfolge von Kämpfen und Auseinandersetzungen. Der relative Rückgang des weltpolitischen Einflusses der USA bringt nicht nur China, Indien, Brasilien, Südafrika und Russland auf den Plan, selbst die alten europäischen Mächte agieren wieder stärker eigenständig und versuchen in ihrem Umfeld geostrategische Tatsachen auch mit militärischen Mitteln zu schaffen. Das trifft zunächst auf Frankreich und Großbritannien zu, die diesen Krieg unbedingt wollten und von denen man zuvor glaubte, sie seien nach der Niederlage im Suezkrieg 1956 als eigenständige militärisch-politische Akteure abgemeldet. Viele Beobachter aus dem arabischen Raum hat-

ten den Eindruck, dieser Krieg sei eine Neuauflage, gewissermaßen Revanche für 1956.

Die Linken

Die Linken in Europa hatten wieder, wie stets bei Konstellationen seit mindestens zwanzig Jahren, in denen die Menschenrechte eine Rolle spielen, Schwierigkeiten, sich klar, konsistent und friedensorientiert zu positionieren. Für die einen galt Gaddafi als progressive Gestalt, die es gegen den Imperialismus zu verteidigen gelte, andere folgten dem Menschenrechtsgerede der Propagandisten des Krieges und hielten den Krieg für eine gute Sache. Eine wesentliche Rolle spielten auch die Begründung unter Bezugnahme auf die Demonstrationen und die Umarmung des Krieges durch die UNO-Resolution. So sagte der Vizevorsitzende der norwegischen Sozialistischen Linkspartei, zugleich Minister in der gegenwärtigen Koalitionsregierung, Audun Lysbakken: „Unsere Partei war von Beginn an gegen den Krieg in Afghanistan. Und wir fordern weiterhin den Abzug der norwegischen Truppen.“ Die Situation in Libyen jedoch sei anders zu bewerten. „Auch wenn es schwierig und kontrovers für die Linke ist, sich für eine Intervention auszusprechen, und es viele Dinge in Libyen gibt, die kritisiert werden müssen, sind wir für eine starke UN. Unsere Partei hat die Resolution der Vereinten Nationen und die Teilnahme Norwegens an deren Umsetzung unterstützt. Aber wir sind gegen eine militärische Operation, die zu entscheiden versucht, wer das Land künftig regiert. Das ist die Aufgabe des libyschen Volkes. Die Intervention sollte nur dazu dienen, Zivilisten zu schützen.“ (*Neues Deutschland*, 26. April 2011) Dass die Zustimmung am Ende für die reale Kriegsführung, die genau den Regime-Wechsel will, in Anspruch genommen wird, bleibt bei einer solchen Perspektive ausgeblendet.

„Nachdem die Vorstellung vom ‚Freiheitsexport‘ qua Bombenangriffen sich mit den desaströsen Ergebnissen im Irak und in Afghanistan und ihrer Offenbarung als Kaschierung knallharter geökonomischer und geopolitischer Interessen erledigt zu haben schien“, schrieb Ingar Solty, „verblüfft doch, dass trotz der Heuchelei des Imperialismus (Jemen, Bahrain etc.) die Ideologie und die damit einhergehende Wirksamkeit der Kriegspropaganda nicht totzukriegen sind. Es grenzt schon an linke Schizophrenie, sich einerseits keine Illusionen darüber zu machen, dass Massenvernichtungswaffen und Menschenrechte nur Vorwände der Bush-Administration waren, um die Vormachtstellung der USA und ihrer Verbündeten in der Region zu festigen..., aber bei denselben Akteuren in derselben Region, die zur selben Zeit dieselbe Politik im Irak, in Afghanistan und nun auch Pakistan fortsetzen, plötzlich neue Motive zu vermuten. Fakt ist, dass der Schutz von Menschenrechten allenfalls ein Nebenprodukt der Entwicklung ist. Dabei werden nichtmilitärische Lösungen oder Alternativen, auf die sich Gaddafi durchaus eingelassen hat (der Chavez-Friedensplan oder die Vorschläge der Afrikanischen Union), bewusst ignoriert.“ (www.sozialismus.de)

Historische Analogien

Wenn wir nach geschichtlichen Analogien schauen, fällt der Blick zunächst auf den ersten Weltkrieg. Die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien hatten die Entwicklungen nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers zunächst mit Gelassenheit verfolgt. Nach dem Ultimatum Österreich-

► Ungarns an Serbien, das die faktische Kriegsdrohung darstellte, riefen die Parteien zu großen Demonstrationen auf. In Deutschland sprach die sozialdemokratische Parteiführung von einer „frivolen Kriegsprovokation“. Demonstrationen fanden dann unter der Losung: „Wir wollen keinen Krieg!“ und „Nieder mit dem Krieg!“ statt. Als er dann jedoch ausgebrochen war, stimmte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den Kriegskrediten, d.h. dem Krieg zu. Die Stimmung war: Wenn der Krieg nun schon da ist, soll Deutschland ihn wenigstens nicht verlieren. Kurt Eisner, selbst Gegner jener „Burgfriedenspolitik“ der Unterstützung der Kriegsführung, schrieb ein halbes Jahr nach Kriegsausbruch: „Der Krieg war und ist für mich eine Katastrophe, in der niemand neutral sein kann; irgendwo müssen wir kämpfen, und da wir nun mal dem deutschen Reiche angehören, ist hier unser Platz.“ Reichskanzler v. Bethmann Hollweg hatte die „Schuld Russlands“ besonders in den Vordergrund gerückt, was es der Sozialdemokratie erleichterte, den Feldzug gegen den „blutdürstigen Zarismus“ zu unterstützen. Die französischen Sozialisten sahen den Krieg als „Verteidigung Frankreichs“ gegen Deutschland an. Georgi Plechanow, einer der marxistischen Vorkämpfer der russischen Arbeiterbewegung, trat selbst in den inneren Auseinandersetzungen, die in Russland zwischen der Februar- und der Oktoberrevolution 1917 stattfanden, noch für die „Vaterlandsverteidigung“ ein und gab dem sogar eine von Marx hergeleitete Begründung. Es sei zwischen den „rechtmäßigen Interessen jedes einzelnen Landes“ und den „unrechtmäßigen“ zu unterscheiden. Die Internationale Arbeiter-Assoziation (die Erste, von Marx gegründete Internationale) habe zurecht „Internationale“, nicht „Antinationale“ geheißen. So dürfe es den Arbeitern „z.B. Russlands, auch nicht einerlei (sein), auf wessen Seite sich das Kriegsglück wendet“. Damit befürwortete er die Fortsetzung des Krieges durch die Provisorische Regierung Russlands gegen die Position Lenins und der Bolschewiki, einseitig aus dem Krieg auszutreten – was dann ja nach der Oktoberrevolution erfolgte. Plechanows Argumentation ist auch deshalb aufschlussreich, weil sie zeigt, wie aus einer sozialistischen Rabulistik heraus, die sich sogar auf Marx bezieht, die Kriegspolitik der Herrschenden unterstützt werden kann. Und die Logik der „Vaterlandsverteidigung“ der einen wird zum Argument für die „Vaterlandsverteidigung“ der anderen. Die Argumentationsfigur lässt sich unendlich fortsetzen, sie funktioniert aber nur, wenn man in der Logik der Herrschenden, die die Kriege führen, verbleibt. Damals hieß die Girlande, die um den imperialistischen Krieg gewunden wurde, „Vaterland und Nation“, heute heißt sie „Demokratie und Menschenrechte“ bzw. „Schutz der Zivilbevölkerung“.

Logik der Kritik

Erst jenseits der Logik der Kriegsherren kann ein kritischer Standpunkt eingenommen werden, der mit der Befürwortung des Krieges bricht. Das hat beispielsweise Leo Trotzki getan, als er die Balkankriege 1912/13, die dem ersten Weltkrieg unmittelbar vorangegangen waren, analysierte. Er verurteilte die Unterstützung des bulgarischen Nationalismus ebenso wie die des serbischen oder griechischen. Der rumänische war für ihn wie eine fette Wanze, die den bulgarischen auszusaugen versucht, nachdem der durch die Kriege geschwächt war. Die Unterstützung des russischen Nationalismus und Imperialismus

war ebenso ausgeschlossen wie die Österreich-Ungarns. Das Proletariat Russlands könne nicht Romanow in den Kampf gegen Österreich schicken, Österreich sei kein Feind und Romanow kein Freund der russischen Linken.

Das bedeutet unter einer aktuellen linken Perspektive, dass sie weder Gaddafi unterstützen kann noch die von den westlichen Geheimdiensten geschaffene oder strukturierte „Opposition“, deren Vertreter in Bengasi als „Aufständische“ in die Kameras schauen, und auch nicht die imperialistische Kriegspolitik Frankreichs und Großbritanniens. Sie unterstützt die Ablehnung des Krieges, die zunächst auch durch die offizielle deutsche Politik erfolgte, lehnt aber alle Varianten der „bündnispolitischen Kompensationen“ ebenso ab wie eine neue imperiale deutsche Außenpolitik. Die Linke steht an der Seite des arabischen Aufbegehrens.

Kapitalismus und Krieg

Der Zusammenhang zwischen der Weltwirtschaftskrise sowie den Folgen des Neoliberalismus für die nahöstliche Region einerseits und den jetzigen politischen Umbrüchen andererseits muss noch genauer analysiert werden. Die Bewegung gegen den Neoliberalismus begann in den 1980er Jahren in Lateinamerika und führte dort seit den 1990er Jahren zu starken sozialen Bewegungen und linken Regierungen, die gezeigt haben, dass es möglich ist, erstarnte politische und gesellschaftliche Verhältnisse aufzubrechen, obwohl es den vom Westen dominierten Gesamtzusammenhang des sich stärker globalisierenden kapitalistischen Weltsystems gibt. Zugleich haben die weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Veränderungen zugunsten der BRICS-Staaten, die sich in den vergangenen zwanzig Jahren vollzogen haben, und die damit verbundene Schwächung der Positionen des Westens dazu beigetragen, dass sich Möglichkeitsfenster für Veränderungen auch im Nahen und Mittleren Osten öffnen konnten. Dazu haben auch die militärischen Niederlagen der USA und ihrer Verbündeten im Irak und in Afghanistan beigetragen, die direkt innerhalb der Großregion des Nahen und Mittleren Ostens („Greater Middle East“-Konzept der Bush-Regierung, um die muslimische Welt und ihre Ressourcen unter Kontrolle zu nehmen) erfolgt sind.

Künftige Kriege vor allem im Nahen und Mittleren Osten zu vermeiden erfordert, diese Region seitens aller Beteiligten nicht nur als eine von Wirtschafts- und „Sicherheits“interessen zu betrachten und zu behandeln, sondern realistisch und ohne Scheuklappen. Die aktuellen Umbrüche im Nahen Osten sind sichtbarer Ausdruck des strategischen und historischen Scheiterns des Westens in dem Bestreben, diesen Teil der Welt dauerhaft kontrollieren, beherrschen und ausbeuten zu können, und tragen ihrerseits zu den weiteren Veränderungen in der Welt bei. Mittel- und langfristige wird es von wesentlicher Bedeutung sein, wie sich China, Indien, Brasilien und Russland zu den Veränderungen in der arabischen Welt stellen, und wie sich die neuen politischen Kräfte dort gegenüber jenen Mächten verhalten. Auf jeden Fall scheint eine veränderte eurasische Kräftekonstellation zu entstehen, in der die Europäische Union nur ein Akteur unter anderen ist und die die USA nicht mehr wie bisher kontrollieren können. Der Libyen-Krieg ist der Versuch, diesen Prozess aufzuhalten und unter Kontrolle zu bringen. Ob er langfristig gelingt, wird sich zeigen müssen. Am Ende wird der

Geist der Veränderung auch um autokratische Länder wie Saudi-Arabien keinen Bogen machen.

Der Libyen-Krieg zeigt einerseits, dass Krieg als Mittel der Politik der westlichen Mächte noch weiter veralltäglicht wurde und etliche der Mächte immer frivoler und unverschämter zum Mittel des Krieges greifen, um Interessen gegenüber Dritten bzw. Schwächeren durchzusetzen. Der altmodische Begriff „imperialistischer Raubkrieg“ trifft den Kern des aktuellen Geschehens. Die Institutionen der UNO und anderer internationaler Organisationen sind derzeit nicht hinreichend ausgestattet, um dem wirksam entgegenzutreten. Die tendenzielle Schwächung

Literatur:

Georgi W. Plechanow: *1917 – zwischen Revolution und Demokratie*, Berliner Debatte Wissenschaftsverlag 2001.

Ingar Solty: *Libyen und der neuen Imperialismus. Öl, Kontrolle und Ideologie*, in: *Sozialismus*, Heft 5/2011.

Leo Trotzki: *Die Balkankriege 1912-13*, Essen: Arbeiterpresse Verlag 1996.

der Positionen der USA in der internationalen Politik führt nicht unmittelbar zu einer Stärkung der Chancen zum Frieden, sondern zu weiterer Unsicherheit und Kriegen. Dabei gilt, dass kleinere Mächte wie Frankreich und Großbritannien wieder kriegsführend agieren, aber auch, dass andere, etwa Russland, aus diesem Krieg die Schlussfolgerung ziehen, nun auch selbst noch weiter aufzurüsten, um gegen einen militärischen Angriff langfristig gewappnet zu sein. Das heißt, jeder Krieg befeuert, über seine unmittelbaren verheerenden Wirkungen hinaus, weltweit das Wetrüsten und die Unsicherheit der internationalen Verhältnisse.

Aufstände, Revolution und Demokratie in Afrika

Interview mit Firoze Manji

*Wo liegen die Wurzeln der Aufstände?*¹

Hinter den allgemeinen Slogans stehen die Erfahrungen der letzten 30 Jahre, in denen die Errungenschaften der antikolonialen Kämpfe zurückgenommen worden sind: Gesundheitsversorgung, Bildung, Sozialversicherungen, Unterstützung der Kleinbauern. Stattdessen wurden die Ökonomien geöffnet für die Ausbeutung durch die Oligarchien und großen Unternehmen. Die internationale Hilfe hat öffentliche Gelder genutzt, um Privatisierungen zu subventionieren. Indem Gesundheitsversorgung und andere soziale Einrichtungen an Wohltätigkeitsorganisationen verkauft wurden, sind ihre Dienste keine sozialen Rechte mehr, wir müssen darum bitten. Das ist eine allgemeine, geteilte Erfahrung: Hier findet eine Akkumulation durch Enteignung in ungeheurem Ausmaß statt. Auch die Löhne und Einkommen sind stark gesunken. Und es ist eine politische Enteignung: Wir können unser Leben nicht selbst bestimmen, denn unsere Regierungen sind den transnationalen Unternehmen, den globalen Finanzinstitutionen, den Wallstreets der Welt und den imperialistischen Kräften des Nordens hörig. Dieses grundlegende Gefühl mangelnder Selbstbestimmung war die mobilisierende Kraft.

Die Entwicklungshilfeindustrie und multi-nationale Unternehmen haben den Staat unterminiert, welche Reaktionen erwarten Sie – auf die Aufstände und Revolutionen?

Die Staaten sind nicht unterminiert worden, sie sind stärker als vor 30 Jahren. Sie verfügen über Waffen, Qualifizierung und Ressourcen, um die Bevölkerungen zu unterdrücken. Unsere Staaten sind internationalen Interessen gegenüber fügsam, aber sie sind nicht schwach. Das meine ich mit dem Verlust der Selbstbestimmung. Auch in Zeiten der Sklaverei gab es Kräfte, die bereit waren, uns zu verkaufen. Die



flickr/rouelshimi

Kolonialherren konnten Afrika mit relativ geringer Truppenstärke kontrollieren, mittels „dezentralem Despotismus“. Heute ist der Kontinent genau dadurch gezeichnet.

Der Bereich der „Sicherheitssektorreform“ wird als einziger mit enormen Mitteln ausgestattet. Es wird nahegelegt, den afrikanischen Polizeieinheiten Menschenrechtstrainings zukommen zu lassen, tatsächlich scheint es um die Aufrüstung der Polizeistaaten zu gehen?

Der Kern der US-amerikanischen Außenpolitik ist die „Versicherheitlichung“ (securitizing) aller Lebensbereiche. Auch Gesundheitsversorgung u.a. wird unter diesem Gesichtspunkt betrachtet: als Gegengewicht gegen den so genannten Terrorismus. Sie ▶

1 Firoze Manji ist Chefredakteur von Pambazuka – das bedeutet „Erwachen“. Seit zehn Jahren schreiben hier Intellektuelle, Aktivisten, Künstler und Blogger. Das Gespräch führten Samar al-Balushi und Wuyi Jacobs am 9. April 2011 für Afrobeat Radio, <http://afrobeatradio.net>.

- wird nur bereitgestellt, um potenzielle Revolutionen zurückzudrängen. Institutionen wie AFRICOM (Regionalkommando der US-Streitkräfte) sind unmittelbar beteiligt. Die imperialen Staaten setzen „Demokratie“ mit kapitalistischer Demokratie und repräsentativen Wahlen gleich und stellen sicher, dass die Ergebnisse mit ihrer Politik im Einklang sind. Dagegen stehen die Versuche, die Gesellschaft umfassend zu demokratisieren: Was wollen wir produzieren, wie, für wen, was machen wir mit den Produkten, wem werden sie zugutekommen?

Das Ausmaß an Kreativität und Visionen in den Protesten war beeindruckend. Es ist selten, dass Menschen spüren, dass sie sich für etwas einsetzen, wofür es sich zu kämpfen lohnt.

Revolutionen schaffen auch eine Veränderung der Einzelnen, eine Transformation des Lebens. Mit Hoffnungslosigkeit kann man lange leben. Aber der Moment, in dem Menschen erfahren, dass tatsächlich etwas anders sein könnte, verändert auch sie selbst. In Ägypten und Tunesien sind Menschen, die bisher nicht politisch aktiv waren, Träger der Bewegung geworden. Neue Formen der Governance werden erschaffen – ich mag dieses Wort nicht, aber es trifft: Sie bestimmen die notwendigen Dienstleistungen und Institutionen und gehen daran, sie zu schaffen und zu demokratisieren. In die Erschaffung einer neuen Welt, einer neuen Lebensweise müssen alle einbezogen sein. Das erfordert viel Kommunikation – und Zeit.

Wie unterscheiden sich die Revolutionen in Tunesien und Ägypten von den Entwicklungen in Libyen?

Mubarakismus ist die Mubarak-Familie, die ägyptische herrschende Klasse, die Bourgeoisie und das Militär. Dem Militär gehört die Hälfte der Ökonomie. Die Muslim Brotherhood war Teil dieses Regimes, die einzige Kraft, der erlaubt wurde, sich zu organisieren. Alle anderen waren unterdrückt. Anders als Mubarak und Ben Ali wird Gaddafi bisweilen noch als Revolutionär wahrgenommen. Er hat die Afrikanische Union finanziert, früher den ANC. Er hat die Monarchie besiegt, in diesem Sinne war er in seiner Zeit durchaus revolutionär. Aber seit mindestens zehn Jahren war Gaddafi Mittel fürs amerikanische Kapital, um Zugang zum Öl aus Libyen zu erlangen. Ein Blick auf die Unternehmen – US-amerikanische, französische, britische –, deren Aktivitäten in Libyen von Gaddafi abgesichert wurden, verdeutlicht, welches Interesse an der Intervention besteht: ein Gaddafismus ohne Gaddafi. Meines Erachtens sind Gaddafis Tage gezählt. Die Frage wird sein, ob er von einer populären Bewegung abgelöst wird oder ob die UN unter der Führung der USA einen regime change durchsetzt, wie in Haiti, Irak und in Afghanistan.



Interview und Bild mit freundlicher Genehmigung von www.zeitschrift-luxemburg.de

Die Verbündeten der USA, Europa, zunehmend auch China, setzen auf militärische Intervention, um Marktöffnungen für Unternehmen und im Interesse geopolitischer Strategien durchzusetzen. Wie wird sich das auf die gegenwärtige Krise des Kapitalismus auswirken?

Auf der einen Seite sehen wir einen großen Anstieg der Anwendung von bewaffneter Gewalt, oftmals ideologisch abgesichert: Arundhati Roy hat vor einigen Jahren geschrieben: McDonalds wäre nichts ohne die Waffenindustrie von McDonnell Douglas im Hintergrund. Kapitalismus kann – der Rhetorik der freien Märkte zum Trotz – ohne die Drohung der militärischen Unterdrückung im Hintergrund nicht bestehen. Die USA sind seit dem Zweiten Weltkrieg ununterbrochen im Krieg gewesen. So haben sie sich als führende kapitalistische Nation installiert – unter Nutzung von brutaler Gewalt, Putsch, Desinformation usw. Die Krise dauert bereits an, seit sich die Profitraten in den 1970er Jahren nicht erholen konnten. Auf der Suche nach neuen Profitmöglichkeiten wurde eine Ausweitung der Akkumulation durch Enteignung realisiert.

Gleichzeitig gibt es Grund zur Hoffnung, dass dies auch die Zeit erheblicher Gegenbewegungen sein wird. Wir erleben einen Anstieg der populären Proteste: Ägypten, Tunesien, Libyen, Dschibuti, Gabun, Bahrain und so weiter – Swasiland ist vor kurzem zu einem kompletten Stillstand gekommen. Das sind keine vereinzelt Ereignisse. Meines Erachtens erleben wir nach 30 Jahren Verarmung ein Erwachen in Afrika. In den 1950er Jahren war es auch so: Es gab kein Land auf dem Kontinent, in dem es nicht zu Massenaufständen gekommen wäre. Es ist, als würde ein Virus umgehen.

Ist das eine zyklische Entwicklung?
Ich glaube nicht, dass sich das mit der zyklischen Entwicklung des Kapitals vergleichen lässt. Bereits 100 Jahre zuvor, 1870, gab es eine Krise, die ebenfalls in eine Periode der Akkumulation durch Enteignung mündete: u.a. in die Kolonisierung des afrikanischen Kontinentes. Doch es war gleichzeitig die Periode der Revolutionen – der sowjetischen, chinesischen und vietnamesischen. Wieder leben wir in einer Zeit von Kriegen und Revolutionen. In Ägypten sind die Menschen nicht auf die Straße gegangen, weil es so ein schöner Tag war – tatsächlich war es bitterkalt –, hinter der scheinbaren Spontaneität steht ein großer Aufwand an Organisation und Mobilisierung. Wir dürfen diesen subjektiven Faktor nicht aus den Augen verlieren. Der Kapitalismus hat den Planeten zerstört, wir leben auf einer tickenden Bombe. Was uns bevorsteht, ist entweder eine Zeit der Revolutionen oder der Barbarei.

Aus dem Englischen von Christina Kaindl